Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe

23. Sitzung
18. September 2023

Beginn: 14.02 Uhr
Schluss: 17.33 Uhr
Vorsitz: Jörg Stroedter (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1100 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Haushaltsgesetz 2024/2025 – HG 24/25)** **Hier: Einzelplan 13 sowie Einzelplan 27 Kapitel 2713 – Aufwendungen der Bezirke – Wirtschaft, Energie und Betriebe** – 1. Lesung –	0154 WiEnBe Haupt(f)

Vorsitzender Jörg Stroedter weist darauf hin, dass die vorab eingereichten Fragen und Berichtsanträge der Fraktionen in einer Synopse zusammengefasst worden seien, an der sich die Beratung orientieren werde. Zusätzliche Fragen und Berichtsanträge seien an der entsprechenden Stelle einzubringen und im Laufe der Sitzung schriftlich nachzureichen. Das Nachliefern der genauen Formulierungen von in der Sitzung entstandenen Fragestellungen sei bis zum morgigen Tag, 12.00 Uhr, möglich, das Nachliefern gänzlich neuer Fragen ausgeschlossen. Er bitte die Fragesteller zu signalisieren, ob eine Frage hinreichend beantwortet sei; Be-

richtsaufträge gölten als beschlossen, wenn niemand widerspreche. In der zweiten Lesung werde es eine Generalaussprache geben; es würden ferner nur die Titel aufgerufen, die zurückgestellt worden seien, zu denen ein Berichtsauftrag beschlossen worden sei oder zu denen Fraktionen Änderungsanträge schriftlich eingereicht hätten. Die Senatsverwaltung werde gebeten, die angeforderten Berichte bis zum 4. Oktober 2023, 12.00 Uhr, vorzulegen Er verweise auf die beschlossenen Verfahrensregeln für die Haushaltsberatungen. Gleichwohl habe Frau Senatorin Giffey Gelegenheit für eine einleitende Stellungnahme.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) führt aus, die Berliner Wirtschaft sei stark und habe sich auch in der herausfordernden Covidzeit in den letzten Monaten und Jahren als widerstandsfähig erwiesen. Im letzten Jahr habe es mit den Kriegsfolgen und den damit verbundenen Auswirkung der Inflation und Energieversorgungssicherheit viele Hervorausforderungen gegeben, die sich unmittelbar auf die Wirtschaft niedergeschlagen hätten. Mit den zahlreich eingeleiteten Maßnahmen sei die Wirtschaft nicht nur durch die Krise gebracht worden; es sei ihr auch ein guter Neustart mit dem Neustartprogramm von über 300 Millionen Euro ermöglicht worden. Der Berliner Senat habe dazu beigetragen, dass viele Branchen in der Krise überlebt hätten. Mit einem überdurchschnittlichen Wachstum von 4,9 Prozent habe Berlin bundesweit an der Spitze gelegen. Das Entlastungspaket habe zusätzlich gestützt.

Der Haushalt sehe für das 2024 923 Millionen Euro und für 2025 861 Millionen Euro vor. Von der Krisenbewältigungs- und Neustartphase werde nun übergeleitet in die Stabilitäts-und Krisenresilienzphase, in der es darum gehe, die Unternehmen die Berliner Wirtschaft krisenfest aufzustellen. Das Neustartprogramm werde weiter entwickelt zu einem Resilienzprogramm Wirtschaft, um ganz besonders die Branchen, die in der Krise schwer betroffen gewesen seien, Tourismus, Gastgewerbe, Handel, Veranstaltungs- und Kreativwirtschaft, zusätzlich zu unterstützen. Dafür seien im Etat 2024/25 20 Millionen vorgesehen. Die Fortführung des Neustartprogramms werde im Resilienzprogramm durch diverse weitere Mittel ergänzt, beispielsweise durch den Fonds „Ökologischer Tourismus“ mit jeweils sechs Millionen Euro für beide Jahre, durch den „Kongressfonds für nachhaltiges Tagen“ mit je 2,5 Millionen Euro, aber auch durch den „InvestitionsBONUS“ mit zehn Millionen Euro bzw. 15 Millionen Euro.

Weiterhin gebe es die drei DDDs als große Herausforderung: Decarbonisierung, Digitalisierung, Demographischer Wandel, das ganze Thema Fachkräfte betreffend. Berlin stehe vor großen Transformationsprozessen, die begleitet und vorangebracht werden sollten, damit die Berliner Wirtschaft trotz der schwierigen gesamtdeutschen Lage auf einem Wachstumspfad bleibe. Deutschland stehe mit einem Wachstum von -0,2 bzw. -0,3 Prozent nicht so gut da. Berlin gehe von einer Prognose von +1,5 Prozent aus. Um diese überdurchschnittliche Wachstumsentwicklung fortführen zu können, seien die Mittel im Haushalt entsprechend eingeplant. Eine der wichtigsten Maßnahmen seien die GRW-Maßnahmen, die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Im Jahr 2024 werde mit 199,44 Millionen Euro und 2025 mit 199,42 Millionen Euro agiert werden können. Berlin habe immer auch einen sehr guten Abfluss von Fördergeldern aus der GRW. Berlin könne sogar wie in diesem Jahr Mittel über die zur Verfügung stehenden Mittel hinaus beanspruchen, die nicht von anderen Bundesländern verausgabt worden seien. Gerade sei das zum großen Teil mit GRW-Mitteln finanzierte neue BVG-Ausbildungszentrum eröffnet worden, das modernste Ausbildungszentrum in Deutschland. Dort könnten über 600 junge Menschen ausgebildet werden. Weitere Beispiele seien der demnächst eröffnende BerlinBioCube auf dem Campus Berlin-Buch oder das Innovations- und Gründerzentrum FUBIC.

Darüber hinaus werde Ende dieses Jahres ein neues Förderprogramm starten, die Reallabore. Im nächsten Jahr werde das Reallabor-Pilotprojekt gestartet. 3,5 Millionen Euro im nächsten Jahr und 2,5 Millionen Euro in 2025 stünden zur Verfügung. Es gehe darum, innovative Technologien zu entwickeln und auszuprobieren. Zum Leitbild der Wirtschaftsverwaltung gehöre es, Berlin zum Innovationsstandort Nummer 1 in Europa zu machen. Im Bereich der Klimaneutralität und im Bereich energieeffizient müssten neue technologische Lösungen auch ausprobiert werden. Dies gehe einher mit guter Talentförderung und dem Ausschöpfen aller Potenziale. Diese Potenziale zu heben, sei gerade im Hinblick auf die Frauen in Berlin sehr wichtig. Nur jedes fünfte Start-up Unternehmen werde von einer Frau gegründet. Im allgemeinen Gründungsgeschehen werde nur jedes dritte gewerbliche Unternehmen von einer Frau gegründet. Aus diesem Grund werde der Chancenfonds mit je 3,5 Millionen Euro etabliert. Berlin gehe in das Thema „GründerinnenBONUS“, aber auch in Kuratorenprogramme. Die Gründungsprämie für Meisterinnen werde in den Gewerken gestärkt, in denen Frauen noch unterrepräsentiert seien.

Das Thema „klimaneutrales Berlin“ sei bereits bei der Technologieentwicklung erwähnt worden. Wichtig sei die Verknüpfung mit wirtschaftlichem Wachstum, mit der Energie- und Wärmewende und der Nutzung erneuerbarer Energien. Bei letzterem sei besonders das Thema Solarenergie wichtig. Im nächsten Jahr würde die Fördersumme verdreifacht und das erfolgreiche Programm SolarPLUS auf 18,5 Millionen Euro angehoben. Bis 2035 sollten mindestens 25 Prozent des Solarstroms in der Stadt „made in Berlin“ sein; es werde weiterhin das Wachstum der Solarenergie gesteigert. Es gebe schon über 20 000 Anlagen. Mit dem Solar-Readiness-Programm werde das Thema öffentliche Liegenschaften angesprochen, Schulen, Bezirke, Hochschulen. Dafür seien vier Millionen Euro pro Jahr eingesetzt. Wichtig sei auch das Thema Elektromobilität, WELMO. Auch für E-Nutzfahrzeuge, E-Taxis, Inklusionstaxis werde es zusätzliches Geld geben; das Programm werde weitergeführt, um einen Beitrag dazu zu leisten, die Mobilität zu adressieren. Neben Solar und Elektromobilität solle ein innovativer Energiemix und die Themen Geothermie und Wasserstoff vorangebracht werden.

Zum Thema „Saubere Stadt“ gebe es in der Wirtschaftsverwaltung einen wichtigen Schwerpunkt. Einer der größten Einzelposten sei die Zuweisung an die BSR. Die Gesamtstrategie „Saubere Stadt“ müsse mit mehr Mitteln untersetzt werden, weswegen eine Erhöhung um 18,8 Millionen Euro auf 138 Millionen Euro im nächsten Jahr und in 2025 auf 140 Millionen Euro vorgesehen sei. Es gehe vor allem um illegal abgestellten Sperrmüll, um Sperrmüll-Kieztage und die zusätzliche Reinigung von Park- und Grünanlagen, aber auch von Erholungsflächen, sodass die Anzahl von bisher 79 Parks und Grünanlagen auf 101 gesteigert werde.

Letztes Schwerpunktprojekt sei das ICC. 33 000 Besucher hätten es jetzt am Tag des offenen Denkmals besucht. Das Konzeptverfahren werde gestartet. Der Senat werde darüber demnächst einen Beschluss fassen. Für die Umsetzung dieses weltweiten, internationalen Wettbewerbs seien entsprechende Mittel vorgesehen, 450 000 Euro im nächsten Jahr und 300 000 Euro im übernächsten Jahr. Es werde auch noch ein entsprechendes Schadstoffkataster gemacht und alle Vorbereitungen getroffen, damit es gelinge, jemanden zu finden, der das ICC gemeinsam mit der Stadt zu einem neuen Ort für Kongresse, Kreativtechnologie und Innovationen entwickle.

Insgesamt sei dieser Haushaltsplanentwurf eine gute Basis, mit der die Wirtschaft vorangebracht werden könne, mit auch gezeigt werde könne, dass Berlin Vorreiter sein und als Innovationsmotor und Zugpferd der deutschen Wirtschaft fungieren könne. Mit dem Thema Klimaneutralität sei auch das Thema soziale Gerechtigkeit verbunden. Nur mit einer starken Wirtschaft könnten auch die vielen Ausgaben, die an anderer Stelle getätigt werden müssen, auch getätigt werden.

Vorsitzender Jörg Stroedter leitet über zur Beratung des Einzelplans 13.

Einzelplan 13 – Wirtschaft, Energie und Betriebe
titelübergreifend

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass zu der lfd. Nr. 1 ein schriftlicher Bericht angefordert werde, Berichtsauftrag Nr. 1.

titelübergreifend
Solar-Förderung

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass zu der lfd. Nr. 2 ein schriftlicher Bericht angefordert werde, Berichtsauftrag Nr. 2.

titelübergreifend
Windkraft

Lfd. Nr. 3, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Welche Förderungsprogramme gab es in 2022 und 2023 für den Solardachausbau (private und öffentliche Dächer einzeln darstellen)? Welche weiteren Förderprogramme gibt es oder sind geplant für 2024 und in 2025?

Welche öffentlichen Dachflächen fallen aus Sicht des Senats unter die Solardachpflicht für öffentliche Dächer ab 2024?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) verweist auf die Windenergiepotenzialstudie, die in diesem Jahr fertiggestellt werden soll. Bei den Windkraftanlagen sei wegen des Bezugs zur Bauordnung und zum Planungsrecht die Zuständigkeit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen gegeben. Deswegen liege dort die entsprechende Förderprogrammkonzeption.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) interessiert, ob es sich um Kleinwindkraftanlagen auf Häusern oder große Anlagen handle.

Franziska Giffey (SPD) antwortet, dass alle Formen von Windkraftanlagen gemeint seien. Die Windenergiepotenzialstudie adressiere beide, Kleinwindkraftanlagen auf Dächern wie auch Flächenpotenziale für Großwindanlagen.

Vorsitzender Jörg Stroedter stellt fest, dass die Fragen damit beantwortet seien.

titelübergreifend
Tourismus

Lfd. Nr. 4, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Bitte kapitelübergreifend alle Maßnahmen unter Angabe der Titel, Summen, konkreten Maßnahmen und Zuständigkeiten auflisten:

1. Förderung des Tourismus und Binnentourismus
2. Akzeptanzsteigerung des Tourismus
3. Bezirkliche Tourismusförderung
4. Wassertourismus

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erklärt, dass es verschiedene Formen der Tourismusförderungen gebe. In ihrem Einzelplan seien die Maßnahmen der Tourismusarbeit der Stadt etatisiert, die alle dem Ziel dienten, Gäste in die Stadt zu holen. Dies sei mit einem aktiven Berlin Marketing verbunden mit Zuschüssen für besondere touristische Projekte. Im Rahmen des Neustartprogramms habe es viele Maßnahmen gegeben, um den Tourismus wieder anzukurbeln. Es seien Förderinstrumente genutzt worden, die sowohl die Vermarktung der Stadt Online/Offline-Werbung beträfen, aber auch Marketingaktivitäten, um gezielter Angebote zu bewerben, um zum Beispiel auch die Außenbezirke noch einmal stärker ins Licht zu rücken und grundsätzlich für das Thema „Stadtverträglicher Tourismus“ zu werben. Sie biete an, eine Übersicht schriftlich zur Verfügung zu stellen. Wichtig sei die bezirkliche Tourismusförderung; es gebe sehr aktive Wirtschaftsförderung in den Bezirken, beispielsweise das Thema Wassertourismus in Treptow-Köpenick und Steglitz-Zehlendorf.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass kapitelübergreifend unter Angabe der Titel, Summen, konkreten Maßnahmen und Zuständigkeiten schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 3, gemeinsamer Bericht zu den lfd. Nrn. 10 und 41.

titelübergreifend
Digitalisierung

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zur lfd. Nr. 5 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 4.

titelübergreifend
Metropolregion Berlin-Brandenburg klimaneutral transformieren

Lfd. Nr. 6, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Mit welchen Maßnahmen und mit welchen HH-Titeln wird das Ziel verfolgt, die Metropolregion Berlin-Brandenburg im nächsten Jahrzehnt klimaneutral zu transformieren?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) trägt vor, es gebe etliche Maßnahmen im Bereich von Gutachten, Dienstleistungen, Informationssystemen, Energieatlas, Webplattformen, Wirtschaftsförderung, Koordinierungsstelle für Energieeffizienz und Klimaschutz. Das Projekt sei im vergangenen Jahr gelauncht worden. Unternehmen würden unterstützt, beim Thema Energieeffizienz besser zu werden. Es gebe diverse Energieatlasprogramme, die Umsetzung des Masterplans City. Sie biete an, einen schriftlichen Bericht auch mit den entsprechenden titelgenauen Untersetzungen zur Verfügung zu stellen.

Christian Gräff (CDU) bittet um Ergänzung, inwiefern auch auf Grundstücken des Landes Berlin Klimamaßnahmen in der Metropolregion Berlin-Brandenburg umgesetzt würden.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) präzisiert, dass damit offensichtlich auch die Stadtgüter gemeint seien.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass ein schriftlicher Bericht erbeten werde, Berichtsauftrag Nr. 5.

titelübergreifend
Games

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass zur lfd. Nr. 7 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 6.

titelübergreifend
Rücklagen

Lfd. Nr. 8, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie möchte die Senatsverwaltung dafür sorgen, dass die Haushalstitel, sie sich in diesem Haushalt aus Rücklagen speisen, auch fortgeführt werden können, wenn die Rücklagen aufgebraucht sind?

Christoph Wapler (GRÜNE) legt dar, der Einzelplan 13 sei in wesentlichen Teilen aus Rücklagen finanziert. Neben dem Sondervermögen „Wachsende Stadt“ und dem „Investitionsförderfonds“, der teilweise auch ausgeräumt werde, beruhe die Finanzierung bei vielen

Titeln, gerade auch bei dem angesprochenen Kongressfonds „Nachhaltiges Tagen“ auf der Energiekostenrücklage, der Pandemiekostenrücklage. Inwiefern sei dies eine gesicherte Finanzierung? Wie werde dafür gesorgt, dass die Mittel ausreichten?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erwidert, es gebe zwar einen Teil, der sich aus Rücklagen speise; es würden aber vor allem auch Förderprogramme genutzt, der Europäische Fonds für regionale Entwicklung, der Europäische Sozialfonds, die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Diese Fördergelder seien auch schon in der Vergangenheit genutzt worden; es seien keine Rücklagenmittel. Für einzelne Titel und deren Ansätze, bei denen im Entwurf eine Entnahme aus einer Rücklage vorgesehen sei, werde nach mehreren Kategorien gewertet, sofern Bedarf und Notwendigkeit weiterhin vorhanden seien. Im vergangenen Jahr seien entsprechende Rücklagen mit dem Entlastungspaket gebildet worden, um schwierige Lagen abzufedern; dies sei Sinn der Rücklagen gewesen, um in schwierigen Zeiten die Wirtschaft und die Energieversorgungssituation sicherzustellen. Sofern es noch Bedarfe gebe, würden weiterhin aus den dafür vorgesehenen Rücklagen Mittel verwendet. Für die Handhabung im nächsten Doppelhaushalt 2026/27 sei die entsprechende Lage zu gegebener Zeit zu betrachten. Die Aufstellungsrundschreiben der Senatsverwaltung für Finanzen seien handlungsleitend. Es gehe nach der Maßgabe, ob die für erforderlich gehaltenen Maßnahmen auch deckungsfähig seien, auch über den gesamten Haushalt. Dies sei berücksichtigt worden; es sei Teil des Senatsbeschlusses. Die Gesamtsumme des Haushalts der Wirtschaftsverwaltung falle in 2025 schon geringer aus; die Summe in 2024 sei geringer als in 2023. Es gebe nicht mehr so akute Energieentlastungsmaßnahmen wie es noch im letzten und in diesem Jahr der Fall gewesen sei. Sie gehe davon aus, dass alle Maßnahmen, die notwendig seien, auch gedeckt seien und die Rücklagen dafür verwandt würden, wofür sie auch mal gedacht gewesen seien: Entlastung, Krisenbewältigung, Stabilisierung.

Christoph Wapler (GRÜNE) erwidert, laufende Ausgaben, die vorher aus dem ordentlichen Haushalt finanziert worden seien, liefen jetzt über die Pandemie- und Energiekostenrücklage. Umfasst seien Titel, auch Geschäftsbesorgungstitel, wofür dies ursprünglich nicht gedacht gewesen sei. Darüber müsse im Hauptausschuss noch gesprochen werden. Es würden Titel über ein Sondervermögen Klimaschutz etatisiert, die es vorher noch nicht gegeben habe. Er bitte um eine schriftliche Aufstellung der einzelnen Titel unter Angabe, in welcher Höhe Gelder aus den einzelnen Rücklagen für die Ausgaben entnommen würden.

Christian Gräff (CDU) wirft ein, hier werde über einen Einzelplan debattiert; kein Einzelplan werde aus Rücklagen finanziert, sondern der gesamte Haushalt. Insofern pflichte er bei, dass es eine Frage für die Generaldebatte im Hauptausschuss sei. Er halte auch die Auflistung für falsch, weil diese nicht ausgeliefert werden könne. Er bitte, sich auf die gestellten Fragen zu konzentrieren und nicht allgemeine Fragen zum Gesamthaushalt vorzutragen, aus denen Einzelpläne finanziert würden.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) pflichtet bei und ergänzt, sie halte es für schwierig, wenn hier der Eindruck vermittelt würde, als würden Ausgaben, die über den Haushalt liefen, jetzt im Sondervermögen abgewickelt würden. Das Sondervermögen sei zusätzlich. Daraus sollten neue Maßnahmen, neue Programme finanziert werden. Beispielsweise werde die Solarförderung im Rahmen des ganz normalen Haushalt verdreifacht. Zusätzlich würde im Sondervermögen mit einem zusätzlichen und neuen Programm auch noch einmal das Programm Solar adressiert werden sollen. Das eine sei die Ausgestaltung bestehender

Programme, die im Fall der Solarförderung sogar verdreifacht werde. Das Thema Solarenergie und die Weiterentwicklung werde auch im Sondervermögen thematisiert. Es seien ausgeweitete, zusätzliche Maßnahmen. Das Sondervermögen Klimaschutz werde sich auch mit erneuerbaren Energie befassen. Das Thema Solar sei ein Schwerpunktthema in Berlin.

Christoph Wapler (GRÜNE) entgegnet, es sei der richtige Ort und die richtige Zeit, hier darüber zu sprechen. Er bitte um einen schriftlichen Bericht.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 7.

titelübergreifend
KMU-Förderung

Keine Wortmeldungen.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass zur lfd. Nr. 9 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 8, gemeinsamer Bericht zu den lfd. Nrn. 9 und 39.

titelübergreifend
Tourismus

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass zur lfd. Nr. 10 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 3, gemeinsamer Bericht zu den lfd. Nrn. 4,10 und 41.

titelübergreifend
Fortschreibung Tourismus-Konzept

Lfd. Nr. 11, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Senat nennt in den Richtlinien der Regierungspolitik die Fortschreibung des Tourismuskonzepts 2018+. Zu wann ist das geplant, durch wen soll dies erfolgten, welche Akteur*innen sollen beteiligt werden und wie ist eine Einbindung der Berliner*innen geplant? Wo im Haushalt sind entsprechende Mittel zur Fortschreibung eingestellt?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) legt, die Fortschreibung des Tourismuskonzepts 2018+ sei geplant. Es gebe jetzt vorbereitende Arbeiten, im Frühjahr 2024 werde damit begonnen. Ein sehr breiter Beteiligungsprozess werde eingeleitet, in den alle relevanten Gruppen und Stakeholder einbezogen würden. Auch gehe es um die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger, aber auch politische Entscheidungsträger, Verwaltung, Verbände, Leistungsträger, all diejenigen, die sich in der Tourismuswirtschaft stark engagierten. Dafür würde ein Dienstleistungsauftrag ausgeschrieben, um den Prozess der Erstellung zu unterstützen und

den Beteiligungsprozess zu konzeptionieren und zu begleiten. Dazu würden aus Titel 68629 – Zuschüsse für besondere touristische Projekte – Mittel zur Verfügung gestellt.

Julian Schwarze (GRÜNE) interessiert die Höhe der zur Verfügung stehenden Mittel. Welche Rolle erhalte der kürzlich ins Leben gerufene Bürger- und Bürgerinnenbeirat für Tourismus?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erklärt, der Bürger- und Bürgerinnenrat werde auch in das Beteiligungsverfahren einbezogen und ein Stakeholder für das Tourismuskonzept sein. Da im Moment aber die Frage des Beteiligungskonzeptes, aber auch der Ausschreibung für den Dienstleister vorbereitet werde, könne sie keine konkrete Summe nennen. Sobald es einen aktuellen Stand gebe, werde sie den Ausschuss unterrichten.

Vorsitzender Jörg Stroedter stellt für den Ausschuss fest, dass die Fragen damit erledigt seien. Der Ausschuss werde zu gegebener Zeit über den aktuellen Stand informiert.

titelübergreifend
HOGA-Campus

Lfd. Nr. 12, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Senat führt in den Richtlinien der Regierungspolitik aus. dass die Errichtung eines Campus für Hotellerie und Gastronomie (HOGA-Campus), als Ort der Aus- und Weiterbildung für die Branche, geprüft wird. Welche Schritte wurden in diesem Sinne bisher unternommen und zu welchem Ergebnis kommt der Senat? Wo sind die nötigen Gelder im Haushalt für den Campus eingestellt und in welcher Höhe? Mit welcher Summer rechnet der Senat für den Campus insgesamt? Gibt es bereits einen Standort? Wenn der Senat den Campus unterstützen sollte, zu wann wird er fertiggestellt sein? Bitte genauen und detaillierten Zeitplan angeben. Ebenso bitte darlegen, wer in das Vorhaben eingebunden wurde und wird.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) führt aus, das Projekt sei ein Herzensanliegen und gut für Berlin. Sie habe die DEHOGA eingeladen und besprochen, was getan werden könne, um das Projekt nach vorn zu bringen. Mit Paris und London gehöre Berlin zu den Top drei in Europa. Der Tourismus sei ein großer Wachstumsfaktor. Vom Hostel bis zum 5-Sterne-Hotel werde alles angeboten. Für die gesamte Branche sei aber fehlendes Fachpersonal das Hauptwachstumshemmnis. Deswegen sei im gesamten Tourismusbereich das Thema Aus- und Weiterbildung sehr relevant. Die Überlegung eines Campus, an dem sowohl das OSZ Gastgewerbe, die Hotelfachschule als auch ein Ausbildungshotel sowie Azubi-Wohnen und entsprechende Veranstaltungs- und Fortbildungsmöglichkeiten an einem Ort gebündelt würden, sei ein extrem gutes Konzept. Es sei Verständigung erzielt worden, dass die DEHOGA ein erstes, etwas elaboriertes, Konzept ausarbeitet. Es gebe Gespräche mit Berlin-Partner, auch mit den Bezirken, über die Örtlichkeit. Vorstellbar wäre auch eine Förderung über GRW. Auch die Bildungssenatorin habe Mitspracherecht, wenn es darum gehe, das OSZ Gastgewerbe und die Hotelfachschule an einen neuen Ort zu bringen; sie sei dafür sehr offen. Es werde in Abstimmung mit der DEHOGA ein entsprechendes Konzept für eine solche multidisziplinäre Einrichtung mit einem breiten Bildungsansatz, mit einem integrativen Ansatz

erarbeitet. Nächstes Ziel sei die Suche einer entsprechenden Örtlichkeit, an der dieses etabliert werden könne. GRW-Mittel würde die Bildungsverwaltung beantragen müssen. Ein Zeitplan, ein Kostenplan, eine Gesamtkonzeption dafür werde erarbeitet.

Julian Schwarze (GRÜNE) bemerkt, im jetzigen Haushaltsplanentwurf seien für den HOGA-Campus keine Ansätze vorgesehen. Sei eine Fusion des OSZ Gastgewerbe und der Hotelfachschule geplant? Welchen Zeitplan gebe es für das Vorhaben?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erwidert, der HOGA-Campus an sich sei ein Projekt der DEHOGA. Diese habe sich an die Wirtschaftsverwaltung mit der Bitte um Unterstützung gewandt. Für die Konzeption, die Erstellung des Kosten- und Zeitplans sei die DEHOGA verantwortlich. Daran arbeite diese. Die Wirtschaftsverwaltung berate dabei. Sie hoffe, noch in dieser Legislaturperiode, konkrete Planungen vorlegen zu können.

Julian Schwarze (GRÜNE) fragt nach, ob im aktuellen Haushalt Mittel vorgesehen seien.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erklärt, zum jetzigen Zeitpunkt entstünden keine Kosten. Es werde im Rahmen der ganzen Tätigkeit beraten. Die DEHOGA habe einen Konzeptionsauftrag. Gut wäre, vielleicht ab dem nächsten Jahr, Mittel zur Verfügung für eine entsprechende Begleitstudie oder eine tiefere Konzeptionserarbeitung zu haben. Sie würde es begrüßen, wenn das Parlament an dieser Stelle die Vorbereitungsphase für einen solchen HOGA-Campus unterstützen könnte.

Julian Schwarze (GRÜNE) wirft ein, angesichts dieses Wunsches müsste schonend präzisiert werden, wie viele Mittel benötigt würden.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erwidert, ihre Ausführungen bezögen sich auf das Gesamtprojekt. Sie könne nicht sagen, wie viel der HOGA-Campuskosten werde. Würde eine entsprechende Begleitstudie erstellt mit der entsprechenden Ausarbeitungstiefe, werde von einem Betrag in Höhe von etwa 200 000 Euro ausgegangen.

Vorsitzender Jörg Stroedter stellt fest, dass die Fragen beantwortet seien.

titelübergreifend
Barrierefreiheit

Lfd. Nr. 13, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Maßnahmen unternimmt die Senatsverwaltung zur Förderung von Barrierefreiheit? Bitte die entsprechenden Titel mit den vorgesehenen Maßnahmen auflisten.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) führt aus, die baulichen Voraussetzungen für einen barrierefreien Zugang im Dienstgebäude der Senatsverwaltung seien sowohl für Beschäftigte als auch Besuchende bereits geschaffen worden. Die Grundlagen für eine digitale Barrierefreiheit seien schon heute umgesetzt und würden eingehalten. Verbesserungsbedarfe würden angegangen; es gebe jedes Vierteljahr sicherheitstechnische Begehungen im Haus. Spezifischen Einzelbedarfen auch von einzelnen Beschäftigten werde zeitnah entsprochen.

Beim Thema beeinträchtigte Sehfähigkeit beispielsweise gebe es eine spezielle Software und spezielle Beleuchtung, die bereitgestellt werde. Für 2024 seien zwei Inhouse-Schulungen zum Thema digitale Barrierefreiheit vorgesehen.

Christoph Wapler (GRÜNE) äußert, er lobe ausdrücklich die Anstrengungen in der Senatsverwaltung. Es sei aber gefragt worden, wie die Barrierefreiheit in der Berliner Wirtschaft gefördert werden könne. Dies gelte auch für die Frage unter der lfd. Nr. 14, der Förderung von Partizipation und Integration. Er bitte um einen schriftlichen Bericht.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 9.

titelübergreifend
Partizipation und Integration

Lfd. Nr. 14, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mit welchen Maßnahmen stärkt die Senatsverwaltung die Integrations- und Partizipationsmöglichkeiten geflüchteter Menschen? Bitte die entsprechenden Titel mit den vorgesehenen Maßnahmen auflisten.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) bemerkt, auch hier gebe es viele Förderprogramme, die sich auf das wirtschaftliche Engagement von Personen nichtdeutscher Herkunft bezögen. Es gebe eine Lotsenstelle für migrantische Selbstständigkeit, auch eine Seminarreihe „Vielfalt gründet“ und diverse Dienstleistungen im Zusammenhang für die Förderung von Gründungen bei Menschen mit Migrationsgeschichte, über 250 000 Euro im Jahr, aber auch die Förderung von Gründungen durch Menschen mit Migrationsgeschichte im Rahmen eines Fonds, 900 000 Euro und diverse Unterstützungsmaßnahmen. Sie rege an, einen schriftlichen Bericht zu liefern.

Vorsitzender Jörg Stroedter stellt für den Ausschuss fest, dass schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 10, gemeinsamer Bericht zu lfd. Nr. 14 und 48.

titelübergreifend
Gewerbeschutz

Lfd. Nr. 15, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Maßnahmen unternimmt die Senatsverwaltung zum Schutz von kleinem Gewerbe vor Verdrängung bzw. wie fördert sie den Bestand an Gewerberäumen und -flächen in der Stadt?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) führt aus, der Schutz von Gewerbe sei seit vielen Jahren eine Daueraufgabe. Gewerbeflächen und der Verlust von Gewerbeflächen insgesamt seien ein großes Thema für die Berliner Wirtschaft. Die Sicherung von Gewerbeflächen sei gerade im Hinblick auf die Flächenkonkurrenzen ein ständiges Thema. Wichtig sei

der 2019 vom Senat beschlossene „Stadtentwicklungsplan Wirtschaft“. Es gehe darum, auch die Grundlagen, die Flächen für die gewerbliche Wirtschaft zu erhalten. Es gebe einen Arbeitsprozess in ihrer Verwaltung, der diesen Plan entsprechend der Koalitionsvereinbarung überarbeite. Ein Erhalt der Gebietskulisse der gewerblichen Bauflächen sei sichtbar; diese dürfe nicht weiter verloren gehen. Dies stehe auch immer wieder im Zusammenhang mit anderen Interessen der Stadt, Stichwort: Wohnungsbau. Sie erlebe aber viele Kolleginnen und Kollegen, die mit sehr viel Herzblut diese Gewerbeflächen verteidigten und gerade für die kleinen Unternehmen die Versorgung mit ausreichend Gewerbemietflächen als bedeutenden Punkt sähen. Im Rahmen dieser Legislaturperiode solle der Bau landeseigner Gewerbehöfe vorangetrieben werden, um gerade für kleine Produktionsunternehmen und Handwerksbetriebe ein bezahlbares und adäquates Mietflächenangebot vorhalten zu können. Mit der BIM werde ausgelotet, wo bestehende Gewerbegebäude saniert und über gewerbliche Konzeptverfahren Gewerbemietflächen besser genutzt werden könnten.

Julian Schwarze (GRÜNE) äußert, der „Stadtentwicklungsplan Wirtschaft“ sei synchronisiert mit dem „Stadtentwicklungsplan Wohnen“, der schon öfter als der für Wirtschaft getagt habe. Gebe es einen aktualisierten Zeitplan? Der „Stadtentwicklungsplan Wohnen“ solle Ende des Jahres fertig sein, für den „Stadtentwicklungsplan Wirtschaft“ seien keine Termine bekannt. Es sei zu befürchten, dass die angesprochenen Gewerbeflächen zugunsten von Wohnen aufgegeben würden. Er bitte um nähere Informationen zu den Gewerbehöfen. Welche seien dies? Welche Standorte seien gemeinsam mit der BIM untersucht worden? Er rege an, darüber schriftlich zu informieren. In der letzten Wahlperiode habe der Senat zwei Bundesratsinitiativ in Richtung Gewerbemietrecht gestartet. Seien ähnliche Schritte erneut vorgesehen, oder gebe es einen Austausch?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) sagt schriftliche Berichterstattung zu. Im Rahmen der Senatskommission Wohnungsbau gebe es immer Abstimmungen. Wenn Flächen für Wohnraum betroffen seien, gehe es immer auch um Beteiligung der Wirtschaftsverwaltung. Zu all diesen Vorhaben gebe es immer einen gemeinsam Prozess. Entsprechend werde mit dem „Stadtentwicklungsplan Wirtschaft“ verfahren; es gebe eine gemeinsame Abstimmung über die Entwicklung. Der Schutz von Gewerbe gehe vor allem auch damit einher, dass Gewerbe vor überbordenden Mietzahlungen geschützt werde. Dieses Thema könne nur auf Bundesebene geklärt werden. Es würde begrüßt, wenn sich Berlin auch auf Bundesebene dafür einsetzte, diesen Weg zu gehen; die Initiativen seien weiter gültig. In Lichtenberg sei ein Gewerbehof schon weit in der Vorbereitung. In Marzahn-Hellersdorf habe es einen Vororttermin mit der Bezirksbürgermeisterin Zivkovic gegeben, die in der Nähe des CleanTech Business Parks Marzahn auch einen solchen Gewerbe- oder Handwerkerhof plane. Wenn der Bezirk ein Konzept erstellt habe, werde überlegt, wie das unterstützt werden könne.

Sebastian Scheel (LINKE) wirft ein, dass die Stadt der 15 Minuten gewollt werde; es solle Nähe von Arbeit und Wohnen ermöglicht werden. Deswegen gebe es so viele Versuche und Pilotprojekte, in denen versucht werde, auch bei gewerblichen Flächen – auf Bundesebene gebe es die urbanen Gebiete, die dafür geschaffen worden seien – dies zusammenzudenken. Setze sich der Senat jenseits von Konfliktauseinandersetzungen in der Wohnen-Gruppe zusammen und überlege, wo die notwendigen Punkte seien, damit eine Harmonie zwischen den notwendigen gewerblichen Arbeitsflächen und dem Anspruch des Wohnens gelinge? Er wünsche mehr Gemeinsamkeit in der Argumentation und in der Kommunikation.

Christian Gräff (CDU) bittet um einen Terminplan für den Gewerbehof in Lichtenberg und einen Fertigstellungstermin.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) bekräftigt die Aussage von Abg. Scheel. Es sei Ziel der Senatskommission Wohnungsbau, es gehe um einen Austarieren, ein Balancieren von Interessen und nicht um ein Gegeneinander. Es gebe das große Projekt, 26 Hektar, in Lichtenberg, in denen es darum gehe, Wohnen und Gewerbe zusammenzubringen, wie man wieder zur Berliner Mischung komme, die historisch gewachsen sei, wie die Berliner Mischung in den Stadtquartieren, in denen sie noch vorhanden sei, attraktiv sei. Einen Zeitplan für Lichtenberg liefere sie nach.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass ein schriftlicher Bericht und der Zeitplan nachgeliefert werde, Berichtsauftrag Nr. 11.

titelübergreifend
Personal

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter stellt für den Ausschuss fest, dass zur lfd. Nr. 16 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 12, gemeinsamer Bericht zu den lfd. Nrn. 16 und 59.

titelübergreifend
Frauen

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter stellt für den Ausschuss fest, dass zur lfd. Nr. 17 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 13, gemeinsamer Bericht zu der lfd. Nr. 44.

titelübergreifend
Soziale und solidarische Ökonomie

Lfd. Nr. 18, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Maßnahmen unternimmt die Senatsverwaltung zur Förderung der sozialen und solidarischen Ökonomie? Bitte die entsprechenden Titel mit den vorgesehenen Maßnahmen auf-listen.

Christoph Wapler (GRÜNE) bittet um Ausführungen. Die solidarischen Ökonomie liege sehr am Herzen.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erklärt, es werde viel getan. Sie biete an, schriftlich zu berichten.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass schriftlich berichtet werde Berichtsauftrag Nr. 14.

titelübergreifend
Nachhaltiges Wirtschaften

Keine Wortmeldungen.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu den lfd. Nrn. 19 und 20 schriftlich berichtet werde, Berichtsaufträge Nr. 15 und 16.

titelübergreifend
Neustart-Programm Berlin

Lfd. Nr. 21, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Inwieweit werden soziale und ökologische Zielstellungen bei den Maßnahmen des Neustart Programms Berlin berücksichtigt?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) legt dar, das „Neustart-Programm“ berücksichtige, dass der Wirtschaft ein Neustart ermöglicht werde. Selbstverständlich seien aber soziale und ökologische Zielsetzungen inbegriffen, wenn über nachhaltigen Tourismus, nachhaltigen Handel und eine nachhaltige Veranstaltung- und Kreativwirtschaft gesprochen werde. Mit dem Programm seien vor allen Dingen Branchen gefördert worden, die besonders von den Auswirkungen der Pandemie betroffenen gewesen seien. Jetzt gehe es darum, ein Krisenmanagementsystem aufzubauen und entsprechend bei der Digitalisierung zu unterstützen. Die übergeordnete Zielsetzung, Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft in Berlin langfristig zu sichern, habe auch immer damit zu tun, dass die soziale und ökologische Transformation in der Stadt auch in der Wirtschaft und den Branchen unterstützt werde.

Christoph Wapler (GRÜNE) wendet ein, bislang habe es bei bestimmten Förderprogrammen, wie dem Berliner InvestitionsBONUS, noch einmal fünf Prozent zusätzlich gegeben habe, wenn drei von 13 Nachhaltigkeitskriterien erfüllt worden seien. Werde noch Ausbaubedarf gesehen? Wo würde dieser gegebenenfalls umgesetzt?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) antwortet, im letzten Jahr seien massiv Arbeitsplätze gerettet worden. Für sie sei die Rettung von Arbeitsplätzen eine zählbare soziale politische Maßnahme. Wenn dafür Sorge getragen werde, das Unternehmen nachhaltig und langfristig bestehen könnten, habe dies unmittelbar damit zu tun, wie sich die Stadt insgesamt aufstelle. Es habe im InvestitionsBONUS diesen fünfprozentigen Zuschlag gegeben. Diese seien beim „Neustart-Programm“ so nicht umgesetzt worden, weil zunächst krisengebeutelte Unternehmen hätten unterstützt werden sollen, aus der Krise herauszukommen. Bei der Fortentwicklung des „Neustadt-Programms“ und dem „Resilienz-Programm“ seien diese Fragen noch einmal von zusätzlicher Bedeutung. Dies würde bei der Programmausgestaltung berücksichtigt.

Christoph Wapler (GRÜNE) bemerkt, sozial-ökologische Transformation heiße Krisenfestigkeit. Die Unternehmen müssten sich der Transformation stellen, auch, damit in Zukunft Arbeitsplätze gerettet würden.

Vorsitzender Jörg Stroedter stellt für den Ausschuss fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

titelübergreifend
Förderprogramme

Lfd. Nr. 22, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Inwieweit werden Kriterien der guten Arbeit (Sicherung von Arbeitsplätzen, Reduzierung von Leiharbeit, Stärkung der Tarifbindung und der tariflichen Arbeitsbedingungen) in Förderprogrammen festgesetzt?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) führt aus, zum Thema „Gute Arbeit“ gebe es gesetzliche Regelungen, die zu beachten seien. In einer Vielzahl von Programmen gebe es Kriterien der „Guten Arbeit“. Die Sicherung von Arbeitsplätzen, Reduzierung von Leiharbeit, Stärkung der Tarifbindung und tariflichen Arbeitsbedingungen seien in den Förderbedingungen berücksichtigt. Beim InvestitionsBONUS, beim Neustartprogramm und der GRW seien die Themen der „Guten Arbeit“, der Sicherung und des Erhalts gute Arbeitsplätze explizit aufgenommen. Dies sei eine Positivliste für die Förderbedingung beim GRW-Antrag.

Vorsitzender Jörg Stroedter stellt für den Ausschuss fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

titelübergreifend
Anstalten öffentlichen Rechts

Lfd. Nr. 23, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Maßnahmen plant die Senatsverwaltung, um die Anstalten des öffentlichen Rechts nach den Zielen der Klimaneutralität, der Verkehrswende und von bezahlbaren Preisen, aus-zurichten?

Bitte listen Sie die entsprechenden Titel mit den vorgesehenen Maßnahmen auf.

Christoph Wapler (GRÜNE) bittet um einen schriftlichen Bericht.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 17.

titelübergreifend
Einkaufsstraßen

Lfd. Nr. 24, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Maßnahmen plant die Senatsverwaltung zur Steigerung der Attraktivität der Einkaufsstraßen?

Bitte listen Sie die entsprechenden Titel mit den vorgesehenen Maßnahmen auf.

Christoph Wapler (GRÜNE) bittet um einen schriftlichen Bericht.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 18.

titelübergreifend
Gebührenfreie Open-Air-Veranstaltungen

Lfd. Nr. 25, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ist die laut Richtlinien der Regierungspolitik vorgesehene bis zu fünfmalige Erlassung der Gebühren für Clubs und Kultur-stätten von Open-Air-Veranstaltungen im Haushalt abgebildet? Ab wann ist eine solche Erlassung der Gebühren möglich?

Julian Schwarze (GRÜNE) bittet um mündlichen Bericht.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erklärt, das Thema Gebührenerlass in diesem Feld sei in den Richtlinien der Regierungspolitik dem Bereich Kultur zugeordnet. Sie bitte, die Frage dort zu stellen.

in Verbindung mit

titelübergreifend
Clubkataster

Lfd. Nr. 26, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wo sind die nötigen Gelder für die Weiterführung des Clubkatasters eingestellt? Wie ist die Aktualisierung und Weiterführung geplant?

in Verbindung mit

titelübergreifend
Clubcommission

Lfd. Nr. 27, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wo und in welcher Höhe findet sich die Förderung der Clubcommission als Institution, wie in den Richtlinien der Regierungspolitik vorgesehen?

Julian Schwarze (GRÜNE) bittet um einen mündlichen Bericht.
Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erklärt, sowohl das Clubkataster als auch die Clubcommission seien dem Kulturbereich zugeordnet und müssten entsprechend dort beantwortet werden.

Julian Schwarze (GRÜNE) wendet ein, dass diese Fragen auch im Kulturbereich gestellt worden seien; die Haushaltsberatungen hätten vor einer Woche stattgefunden. Dort habe die Senatsverwaltung für Kultur auf die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe verwiesen. Wer sei dafür zuständig? Der Bericht solle zudem inhaltlich ausgerichtet sein.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zur zweiten Lesung schriftlich berichtet werde, in welchem Einzelplan die Ansätze zu den lfd. Nrn. 25, 26 und 27 etatisiert seien. Bei einer Zuständigkeit der Wirtschaftsverwaltung solle in dem Bericht auch inhaltlich Stellung genommen werden, ggf. Berichtsauftrag Nr.19.

titelübergreifend
Kreislaufwirtschaft

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter stellt für den Ausschuss fest, dass zu den lfd. Nr. 28 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 20, gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 47.

titelübergreifend
Sozial-ökologische Transformation

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zur lfd. Nr. 29 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 21.

titelübergreifend
Migrantische Ökonomie

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zur lfd. Nr. 30 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 21, gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 49.

titelübergreifend
Künstliche Intelligenz

Lfd. Nr. 31, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welcher Titelansatz/welche digitalwirtschaftlichen Vorhaben bilden die Senatsweit ressortübergreifende Bedeutung des Themenfeldes „Künstliche Intelligenz“ im Sinne einer harmonisierten Strategie ab?

Tuba Bozkurt (GRÜNE) bittet um mündliche Antwort.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erklärt, das Thema digitalwirtschaftliche Vorhaben und Künstliche Intelligenz seien als ressortübergreifender Titelansatz in der Wirtschaftsverwaltung bislang nicht geführt worden. Für Vorhaben zur Förderung der Wirtschaft im Technologiefeld Künstliche Intelligenz gebe es in Kapitel 1350 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Energie, Digitalisierung und Innovation – mehrere Titel. Diese bezögen sich vor allem auf das Thema Innovationsförderung und Dienstleistungen. Es gebe AI-Testing und Experimentation Facilities - Health, Förderung der Berliner IKT- und Digitalwirtschaft. Bei den Dienstleistungen sei der Berliner Deep Tech Award verliehen worden. Die Kampagne für Berlin als Standort für Deep Tech sei in der Wirtschaftsverwaltung verortet. Ihr sei nicht bekannt, dass es einen Senats- und ressortbergreifenden Titelansatz für Künstliche Intelligenz gebe. Sie könne nur die Planung ihres Hauses zur Verfügung stellen. Zur Förderung der Digitalwirtschaft in der Stadt solle ein Berliner KI-Hub aufgebaut werden, der durch die Innovationsförderung finanziert werden solle; der Start sei für 2024 geplant.

Tuba Bozkurt (GRÜNE) kommt auf den KI-Hub zu sprechen, der in Kapitel 1350, Titel 69806 – Innovationsförderung – unter Teilansatz 10 etatisiert sei. Es gebe Kritik von den Verbänden, wonach es einen zu großen Aufwuchs für eine nicht zugrunde liegende kohärente Strategie gebe. Die IHK argumentiere, die Mittel lieber in bestehende Strukturen zu geben. Welche Gesamtstrategie gebe es? Was plane der Senat hinsichtlich der KI? Welche Einzelmaßnahmen ergäben sich daraus.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 23.

titelübergreifend
Steuerungskreis Industriepolitik

Lfd. Nr. 32, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mit welchem Titelansatz soll die Arbeit des vormals bei der Senatskanzlei angesiedelten Steuerungskreises Transformation der Berliner Industrie (SKIP) abgesichert werden?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) legt dar, der Steuerungskreis solle fortgeführt werden; es sei wichtiges Instrument für die Berliner Industriepolitik. Die Zuständigkeit für die Koordinierung des SKIP sei beibehalten worden, bei der Senatskanzlei. Die Wirt-

schaftsverwaltung arbeite selbstverständlich daran mit. Die Haushaltsmittel seien im Etat der Senatskanzlei eingestellt.

Vorsitzender Jörg Stroedter stellt für den Ausschuss fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

titelübergreifend
Games & E-Sports

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu der lfd. Nr. 33 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 24.

titelübergreifend
Geldwäsche

Lfd. Nr. 34, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie ist die Gewährleistung effektiver gesteigerter Geldwäscheprävention nach den Vorgaben der Task Force sowie der verschärften Geldwäschegesetze etatisiert?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) führt aus, dass auf das Thema Geldwäsche ein Fokus gelegt worden sei. 2018 sei eine Arbeitsgruppe neu gegründet worden. Deren Arbeit solle verstärkt unterstützt werden, auch mit einer zusätzlichen Stelle. Die Aufgabe sei dauerhaft, nicht nur im Bereich Prävention, sondern auch bei der Effektivierung von Kontrollmaßnahmen und der Umsetzung von Digitalisierungsbedarfen. Diese Mittel seien für den Doppelhaushalt 2024/25 vorgesehen. Es gehe auch darum, die Digitalisierung für die internationale Geldwäscheprävention zu nutzen. Seit dem Sommer gebe es eine neue Datenbank, die international genutzt werde. Die Ansätze fänden sich in Kapitel 1320 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung –, Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit – sowie Titel 54010 – Dienstleistungen –.

Vorsitzender Jörg Stroedter stellt für den Ausschuss fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

titelübergreifend
Zentrale Kontrollgruppe

Lfd. Nr. 35, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie ist die zentrale Kontrollgruppe zurzeit besetzt?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) führt aus, die zentrale Kontrollgruppe bestehe zurzeit aus einer Leitungsstelle, die mit acht Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern untersetzt sei; eine davon sei zur Zeit in Elternzeit. Seit dem 1. März 2023 gebe es einen juristischen Referenten mit einer auf zwei Jahre befristeten Stelle. Stellennachbesetzungsverfahren werde es Anfang 2024 geben; sie wurden zügig vorangetrieben.

Christoph Wapler (GRÜNE) stellt die Frage, ob die Kontrollgruppe ihren gesetzlichen Verpflichtungen in ihrem derzeitigen Zustand nachkommen könne.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) bestätigt dies.

Vorsitzender Jörg Stroedter stellt für den Ausschuss fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

titelübergreifend
PMA

Lfd. Nr. 36, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie hoch ist der Anteil der zentralen, im Epl. 29 veranschlagten Pauschalen Minderausgabe (PMA), die auf den Epl. 13 entfällt bzw. dort aufgelöst werden muss? Wie erfolgt die Auf-lösung der PMA durch den Senat im Haushaltsvollzug? Bitte um Darstellung nach den beiden Haushaltsjahren, einzelnen Ansätzen und der jeweiligen Höhe der Einsparung.

Christoph Wapler (GRÜNE) bittet um einen schriftlichen Bericht. Nach Ausräumen der Rücklagen und dem Wechsel auf die Zukunft sei dieser Haushalt massiv überzeichnet. Wo werde die PMA angesetzt?

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 25.

titelübergreifend
Innovationsförderfonds

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zur lfd. Nr. 37 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 26.

titelübergreifend
Tarifsteigerungen

Lfd. Nr. 38, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie bildet der Senat die Tarifsteigerungen und Inflationsanpassung bei den Mitteln für Projektträger ab?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) bittet, aufgrund der Komplexität der Fragestellung einen schriftlichen Bericht zu fertigen.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 27.

titelübergreifend
KMU-Förderung

Lfd. Nr. 39, Fraktion Die Linke

Welche Maßnahmen werden zur Förderung kleiner und mittelgroßer Unternehmen, insbesondere bei der energetischen und sozial-ökologischen Transformation, der Internationalisierung und der Digitalisierung, unternommen? Bitte listen Sie die entsprechenden Titel mit den vorgesehenen Maßnahmen auf.

Damiano Valgolio (LINKE) verweist auf ähnlich lautende Fragestellungen zur lfd. Nr. 9 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die schriftlich beantwortet werde. Er schließe sich dem schriftlichen Bericht an.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 8, gemeinsamer Bericht zu den lfd. Nrn. 9 und 39.

titelübergreifend
Wirtschaftsförderung

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu der lfd. Nr. 40 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 28.

titelübergreifend
Tourismus

Damiano Valgolio (LINKE) verweist auf den Berichtswunsch zu den lfd. Nrn. 4 und 10 und bittet, die Fragestellungen damit zu verbinden.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zur lfd. Nr. 41 zusammen mit den lfd. Nrn. 4, 10 und 41 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 3.

titelübergreifend
Gewerbeflächen und Gewerbeschutz

Lfd. Nr. 42, Fraktion Die Linke

Welche Maßnahmen unternimmt die Senatsverwaltung zum Schutz von kleinem Gewerbe vor Verdrängung? Wie fördert sie den Bestand an Gewerberäumen und -flächen in der Stadt? Wie sind die finanziellen und personellen Kapazitäten der WISTA für die Entwicklung weiterer kommunaler Gewerbehöfe neben dem Pilotprojekt in Lichtenberg? Ist in 2024 mehr als ein Pilotprojekt für kommunale Gewerbehöfe möglich?

Bitte listen Sie kapitelübergreifend alle Maßnahmen unter Angabe der Titel, Summen, konkreten Maßnahmen und Zuständigkeiten auf.

Damiano Valgolio (LINKE) bittet, nur ab Frage drei schriftlich zu antworten.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass schriftlich berichtet werde. Die ersten beiden Fragen seien als beantwortet anzusehen, Berichtsauftrag Nr. 29.

titelübergreifend
Erhöhte Ausgaben bei Vergabe und Landesmindestlohn

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu der lfd. Nr. 43 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 30.

titelübergreifend
Frauenförderung

Lfd. Nr. 44, Fraktion Die Linke

Welche Berücksichtigung findet die Frauenförderung in den verschiedenen Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung?

Bitte listen Sie kapitelübergreifend alle Maßnahmen unter An-gabe der Titel, Summen, konkreten Maßnahmen und Zuständigkeiten auf.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) bittet auch hier, die sehr komplexen Maßnahmen, Frauenförderung in der Wirtschaftsverwaltung betreffend, schriftlich darstellen zu dürfen.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 13, gemeinsamer Bericht zu den lfd. Nrn. 17 und 44.

titelübergreifend
Masterplan Industriestadt

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu der lfd. Nr. 45 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 31.

titelübergreifend
Förderprogramme

Lfd. Nr. 46, Fraktion Die Linke

Inwieweit werden Kriterien der guten Arbeit (Sicherung von Arbeitsplätzen, Reduzierung von Leiharbeit, Stärkung der Tarifbindung und der tariflichen Arbeitsbedingungen) in Förderprogrammen festgesetzt?

Damiano Valgolio (LINKE) äußert, darüber sei bereits gesprochen worden. Er bitte nunmehr nur noch um eine Auflistung, in welchen konkreten Förderprogrammen, welche Tariftreueklausel nun konkret enthalten seien. Er reiche dies schriftlich nach.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) erklärt, die AV Tariftreue gelte für Vergabeverfahren des Senats. Es solle offenbar nachgewiesen werden, was bei der Entlohnung in Unternehmen, die zum Beispiel im Rahmen des BIBs einen Antrag auf Förderung stellten, als Tarif oder tarifähnlich verwendet werde?

Damiano Valgolio (LINKE) erklärt, die Vergabe sei ein anderer Bereich. Es gehe ihm nicht um die konkreten Tarifverträge im Rahmen des Investitionsprogramms. Gebe es außer dem BIB noch andere Förderprogramme, bei denen Tariftreue vorgeschrieben werde?

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass die präzise formulierte Frage bis zum morgigen Tag, 12.00 Uhr, nachgereicht werde und dann schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 32.

titelübergreifend
Kreislaufwirtschaft

Keine Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu der lfd. Nr. 47 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 20, gemeinsam mit den lfd. Nrn. 28 und 47.

titelübergreifend
Integration und Partizipation

Keine Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu der lfd. Nr. 48 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 10, gemeinsam mit den lfd. Nrn. 14 und 48.

titelübergreifend
Migrantische Ökonomie

Keine Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu der lfd. Nr. 49 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 22, gemeinsam mit den lfd. Nrn. 30 und 49.

titelübergreifend
Soloselbstständige

Keine Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu der lfd. Nr. 50 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 33.

titelübergreifend
Geldwäscheprävention

Keine Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter stellt für den Ausschuss fest, dass die Frage zur lfd. Nr. 51 mit der Beantwortung zum Thema Geldwäsche beantwortet sei.

titelübergreifend
Vergaben und Beschaffung

Lfd. Nr. 52, Fraktion Die Linke

Wie und in welchem Umfang wird die Senatsverwaltung die zentrale Kontrollgruppe ausbauen bzw. stärken?

Damiano Valgolio (LINKE) erklärt, es gehe nicht darum, wie die Stellen besetzt seien, die schon eingerichtet geschaffen worden seien. Sei beabsichtigt, weitere Stellen zu schaffen?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) antwortet, dass es für den Ausbau von Stellen sehr enge Rahmensetzungen gebe. Wenn das Parlament einen Ausbau wünsche, könne

dies gern getan werden. Sie habe das ausgeschöpft, was senatsseitig möglich gewesen sei. Jede Arbeit einer Kontrollgruppe könne mit mehr Menschen, die kontrollierten, besser geleistet werden. Die Arbeitsgruppe sei aber kontrollfähig.

Vorsitzender Jörg Stroedter stellt für den Ausschuss fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

titelübergreifend
Lieferkettengesetz

Keine Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu der lfd. Nr. 53 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 34.

titelübergreifend
Clusterpolitik

Keine Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu der lfd. Nr. 54 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 35.

titelübergreifend
Energiearmut

Keine Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu der lfd. Nr. 55 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 36.

titelübergreifend
Automatisiertes Fahren

Keine Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu der lfd. Nr. 56 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 37.

titelübergreifend
E-Mobilität

Keine Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu der lfd. Nr. 57 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 38.

titelübergreifend
Wasserstoff

Keine Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu der lfd. Nr. 58 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 39.

titelübergreifend
Personal

Keine Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu der lfd. Nr. 59 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 12, gemeinsam mit den lfd. Nrn. 16 und 59.

titelübergreifend
Anstalten öffentlichen Rechts

Lfd. Nr. 60, Fraktion Die Linke

Welche Maßnahmen plant die Senatsverwaltung, um die Anstalten des öffentlichen Rechts nach den Zielen der Klimaneutralität, der Verkehrswende und von bezahlbaren Preisen, aus-zurichten?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) führt aus, die Anstalten öffentlichen Rechts seien rechtlich selbstständige juristische Personen des öffentlichen Rechts. Da die Wirtschaftsverwaltung sowohl in den Aufsichtsräten vertreten sei als auch in den Gewährträgerversammlung und mit den Vorständen im ständigen Austausch stehe, sei wichtig, dass die Aufgaben, die die Anstalten wahrnähmen, auch entsprechend so ausgerichtet würden, dass sie den übergeordneten Zielstellungen des Senats entsprächen. So sei beispielsweise bei der BVG darüber gesprochen worden, dass sich die Zielvorgaben des Vorstandes mit den übergeordneten wirtschaftspolitischen und klimapolitischen Zielstellung des Senats treffen sollten. Die Zielbilder, die Umweltschutz, Klimaschutz und Energieeffizienz beinhalteten, seien Orientierungsrahmen und verbindlich für das, was die Anstalten des öffentlichen Rechts täten und fließe ein in die Gespräche und Verhandlungen über die entsprechende Zielvorgabe und die Zielbilder, die gemeinsam entwickelt würden. Außerdem könnten die Anstalten des öffentlichen Rechts auch die Förderprogramme nutzen. All diese Themen würden ständig in der Unternehmensausrichtung der Anstalten berücksichtigt.

Vorsitzender Jörg Stroedter stellt für den Ausschuss fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

titelübergreifend
Sozial-ökologische Transformation

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zur lfd. Nr. 61 zusammen mit den lfd. Nrn. 29 und 61schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 21.

titelübergreifend
Sondervermögen Klimaschutz, Resilienz und Transformation
Schulungsmaßnahmen zu Antidiskriminierung, Partizipation und migrationsgesellschaftlicher Kompetenz für Beschäftigte der Senatsverwaltung
Gutachten

Sebastian Scheel (LINKE) bittet jeweils um einen schriftlichen Bericht mit dem Hinweis, dass es bei dem Sondervermögen vor allem um den Nachweis der Zusätzlichkeit der Maßnahmen gehe.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu den lfd. Nrn. 62 bis 64 schriftlich berichtet werde, Berichtsaufträge Nrn. 40 bis 42.

titelübergreifend
Gruppierungs- und Funktionenübersicht

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu der lfd. Nr. 65 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 43.

Kapitel 1300 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Politisch-Administrativer Bereich und Service –
Titel 11902 – Ablieferungen von Einnahmen aus Nebentätigkeit –

Lfd. Nr. 66, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Nebentätigkeiten liegen den Ansätzen zugrunde?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) führt aus, die Nebentätigkeiten ergäben sich aus den Senatoren- bzw. Staatssekretärstätigkeiten im öffentlichen Dienst. Es gebe Mitgliedschaften in Aufsichtsratsgremien, Verwaltungsratsgremien. Die Teile, die über das Grundmaß hinausgingen, müssten abgeliefert werden. Darüber hinaus gebe es Einnahmen, die nicht prognostizierbar seien, weil es wechselnde Nebentätigkeiten insbesondere wegen schwankender Häufigkeit von wahrgenommenen Gremiensitzungen gebe. Im Doppelhaushalt 2022/23 habe der Ansatz 35 000 Euro betragen. Als Bemessungsgrundlage seien die erzielten Ist-Einnahmen herangezogen worden. Im Zeitraum 2019 bis 2022 habe es Ist-Einnahmen von knapp 60 000 Euro gegeben. Zum Zeitpunkt der Anmeldung sei der Ansatz auf 52 000 Euro erhöht worden.

Vorsitzender Jörg Stroedter stellt für den Ausschuss fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements –

Lfd. Nr. 67, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Inwieweit sind mögliche Preissteigerungen für Energielieferungen bei den Betriebs- und Nebenkosten berücksichtigt?

Lfd. Nr. 68, Fraktion Die Linke

Welche erwartete Preisentwicklung der Wärmeversorgung wurde bei dem Haushaltsansatz berücksichtigt?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) legt dar, die Ansatzbildung sei durch zentrale Vorgaben der Senatsverwaltung für Finanzen aufgrund der Einschätzung durch die BIM erfolgt. Hierbei würden die wirtschaftliche Entwicklung allgemein und andererseits auch die Entwicklung der Energiekosten ordnungsgemäß kalkulatorisch berücksichtigt.

Vorsitzender Jörg Stroedter stellt für den Ausschuss Beantwortung der Fragen fest.

Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

Lfd. Nr. 69, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Umbaumaßnahmen sind im Detail geplant?

Bitte schlüsseln Sie auf, welcher Teil der Ansätze je für außen-liegende Hitzeschutzeinbauten, Umbaumaßnahmen zur Erweiterung bzw. Optimierung von Büroflächen, den Einbau einer Notstrom-Versorgungsanlage und zur Aufdachung mit einer Photovoltaik-Anlage eingeplant sind.

Christoph Wapler (GRÜNE) bittet um einen schriftlichen Bericht.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 44.

Titel 52501 – Aus- und Fortbildung –

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu der lfd. Nr. 70 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 45.

Titel 54002 – Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung) –

Lfd. Nr. 71, AfD-Fraktion

Bitte erläutern, was unter einem „gruppenbezogenen Personalauswahlverfahren“ zu verstehen ist.

Frank-Christian Hansel (AfD) stellt die Frage, was damit gemeint sei und welche Zielstellung dahinterstehe

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erklärt, die Bezeichnung „gruppenbezogenes Personalauswahlverfahren“ sei ein Terminus technicus und finde sich in § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Laufbahn der Beamtinnen und Beamten wieder.

> Die für eine Einstellung geeigneten Bewerberinnen und Bewerber sind durch eine Auswahl zu ermitteln, die nach dem Grundsatz des § 8 Absatz 1 Satz 2 des Landesbeamtengesetzes sowie des § 4 dieses Gesetzes vorzunehmen ist. Das Verfahren ist von der obersten Dienstbehörde (§ 3 des Landesbeamtengesetzes) zu regeln. Diese Regelungen können vorsehen, dass sich Bewerberinnen und Bewerber vor der Einstellung einer Eignungsprüfung, einem Auswahlgespräch oder einem Auswahlverfahren, das auch gruppenbezogen durchgeführt werden kann, zu unterziehen haben.

Frank-Christian Hansel (AfD) stellt fest, es seien offensichtlich keine identitätspolitischen Themen, sondern reine einer Gesetzestextsystematik.

Vorsitzender Jörg Stroedter stellt für den Ausschuss Beantwortung fest.

Titel 54003 – Geschäftsprozessoptimierung –

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu den lfd. Nrn. 72 und 73 gemeinsam schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 46.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu den lfd. Nrn. 74 bis 76 gemeinsam schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 47.

Titel 97114 – Pauschale Mehrausgaben im Zusammenhang mit gesamtstädtischen Zielvereinbarungen nach § 6a AZG –

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu der lfd. Nr. 77 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 48.

Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben –

Lfd. Nr. 78, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie erfolgt die Auflösung PMA durch den Senat im Haushaltsvollzug in 2024 und 2025?

Lfd. Nr. 79, Fraktion Die Linke

Wie wurde die PMA in den Jahren 2022 und 2023 aufgelöst?

Welcher Anteil der zentral veranschlagten Pauschalen Minder-ausgabe wird aus dem Einzelplan 13 aufzubringen sein? Welche Pläne hat die Senatsverwaltung zur Auflösung der im Einzelplan veranschlagten PMA?

Damiano Valgolio (LINKE) weist darauf hin, dass es bei lfd. Nr. 79 um die Auflösung der PMA in der Vergangenheit gehe. Der Bericht könne mit lfd. Nr. 78 zusammengefasst werden.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu den lfd. Nrn. 78 und 79 gemeinsam schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 49.

Titel 51135 – Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln –

Lfd. Nr. 80, AfD-Fraktion

Bitte die starke Veränderung des Ansatzes für 2024 und 2025 (jeweils 5.000 €) zum Jahr 2023 (85.000 €) erläutern.

Frank-Christian Hansel (AfD) bittet um einen mündlichen Bericht.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) verweist auf den Ansatz in 2022/23 in Höhe von jeweils 85 000 Euro. Im Rahmen des Aufstellungsrundschreiben habe es eine pauschale Zuweisung der Senatsverwaltung für Finanzen gegeben. Gleiches gelte für die reduzierten Ansätze der Haushaltsjahre 2024/25 auf jeweils 5 000 Euro aufgrund der Ist-Ausgaben 2022. Laufende und geplante Digitalisierungsvorhaben würden zu einem Großteil aus dem Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT – finanziert. Begründet werde dies mit dem Aufbau der Digitalisierungsvorhaben der Wirtschaftsverwaltung. Eine Prozessoptimierung erfolge zu einem Großteil mit eigenen Humanressourcen.

Vorsitzender Jörg Stroedter stellt für den Ausschuss fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Kapitel 1320 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung –

Übergreifend
Galerien und Kunstmessen

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu der lfd. Nr. 81 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 50.

übergreifend
c/o Berlin
Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen –
Titel 27297 – Zuschüsse der EU aus dem EFRE für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2021-2027) –

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu den lfd. Nrn. 82 bis 84 schriftlich berichtet werde, Berichtsaufträge Nrn. 51 bis 53.

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

Lfd. Nr. 85, AfD-Fraktion

Bitte die Reduzierung der Bezüge näher erläutern.

Um wie viele Personen reduziert sich die Anzahl der planmäßigen Beamten?

in Verbindung mit

Titel 42811 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten –

Lfd. Nr. 86, AfD-Fraktion

Bitte die Reduzierung der Entgelte näher erläutern.

Um wie viele Personen reduziert sich die Anzahl der nicht-planmäßigen Tarifbeschäftigten?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) trägt vor, für die Haushaltsplananmeldung 2022/23 sei zunächst auf der Basis des in 2020 vorhandenen beamteten Personals und deren

entstandenen Ist-Kosten ermittelt und dann anhand der für 2022/23 vorgegebenen Fortschreibungstatbestände sowie Zugänge und Abgänge von Stellen fortgeschrieben worden. Damit seien die Ansätze für die Haushaltsjahre 2022/23 festgesetzt worden. Der Ansatz für 2023 betrage 4,359 Millionen Euro. Bei der Ansatzbildung für das Jahr 2024 sei analog verfahren worden, zunächst auf Basis der in 2022 in Höhe von 3 097 910 Millionen Euro die entstandenen Ist-Kosten für das seinerzeit vorhandene beamtete Personal zur Grundlage zu nehmen. Diese niedrigen Ist-Kosten resultierten daraus, dass vormals mit beamteten Personen besetzte Planstellen im Ergebnis von Auswahlentscheidungen mit Tarifbeschäftigten besetzt worden seien. Die Ist-Kosten dieser Personen seien aus diesem Titel bezahlt worden und beeinflussten somit auch die Fortschreibung des Beamtentitels. Deswegen gebe es einen geringeren Ansatz.

Vorsitzender Jörg Stroedter stellt für den Ausschuss fest, dass die Fragen damit beantwortet seien.

Titel 52610 – Gutachten –

Lfd. Nr. 87, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Erkenntnisse haben die beiden Gutachtenprozesse bis-lang erbracht? Welche weiteren Schritte sind dazu geplant? In welchen Titeln sind Folgeschritte abgebildet?

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 54.

Lfd. Nr. 88, Fraktion Die Linke

Wann wird es erste Ergebnisse der Evaluierung des Ausschreibungs- und Vergabegesetzes geben und ist damit zu rechnen, dass nach dem Abschluss im Jahr 2024 keine weiteren Unter-suchungsfragen aufkommen?

Lfd. Nr. 89, AfD-Fraktion

Bereits im Jahr 2021 wurden 50.000 € für Gutachten zu den Potenzialen und der Stärkung der sozialen bzw. solidarischen Ökonomie im Land Berlin veranschlagt, daraufhin erneut 25.000 € in den Jahren 2022 und 2023. Weshalb sind weitere Mittel in 2024 zur Erstellung dieses Gutachtens erforderlich?

Christoph Wapler (GRÜNE) bittet um einen schriftlichen Bericht.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erklärt zur Frage der Fraktion die Linke, es gehe um die Evaluierung des Ausschreibungs- und Vergabegesetzes. Im Laufe des Jahres 2024 werde es einen Vergabebericht geben. Es gebe hier eine fortschreitende Evaluierung des Gesetzes, weswegen auch künftig weitere Untersuchungsfragen aufträten. Es gebe eine gesetzliche Verpflichtung, dass der Senat alle vier Jahre einen Vergabebericht vorlege, der die Umsetzung und Wirkung des Gesetzes untersuche und Basis für die fortschreitende Evaluation des Gesetzes sei. Der übernächste Bericht werde im Jahr 2028 vorgelegt werden; Vorbereitung begönnen ein Jahr vorher, sodass dafür in der Finanzplanung Mittel vorgesehen werden

müssten. Mit der Erstellung dieses Vergabeberichts werde ein externer Dienstleister beauftragt. Derzeit liefen die Vorbereitungen. Im vierten Quartal dieses Jahres solle der Auftrag vergeben werden; der Vergabebericht sollte spätestens zum vierten Quartal 2024 vorgelegt werden.

Zur Frage der AfD-Fraktion: Das Land Berlin begrüße das Engagement von Unternehmen, die sich der solidarischen und sozialen Ökonomie verpflichtet fühlten. Dies soll im politischen Raum mitunterstützt werden. Für die operative Arbeit im regionalen und nationalen Kontext werde Bedarf für eine einheitliche und praktisch anwendbare Klassifizierung und Definition von Sozialunternehmen gesehen. Deswegen sei die Erarbeitung eines Kriterienkatalogs auch mit Indikatoren, um zu systematisieren, was ein Sozialunternehmen ausmache, um dann eine Passgenauigkeit zu erreichen, was Unterstützungsmaßnahmen betreffe. Dieser Katalog, diese Kriterien und Indikatoren seien im Juli dieses Jahres veröffentlicht worden und stünden allen Akteuren auch der sozialen Unternehmerschaft der solidarischen Ökonomie zur Verfügung. In diesem Sinne könnten auch ansprechende Ansatzpunkte zur Stärkung dieser Unternehmen entwickelt werden.

Frank-Christian Hansel (AfD) fragt nach, wann mit einer Vorlage zu rechnen sei. Sei eine Fortschreibung geplant? Warum würden weitere Mittel benötigt, wenn schon Kriterien und Indikatoren vorlägen.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erwidert, dass jetzt erst der Kriterienkatalog vorliege. Jetzt gehe es darum, wie die sozialen Unternehmen in der Stadt weiter gefördert werden könnten. Thema sei beispielsweise der Unternehmerinnenpreis, der bald verliehen werde. Darin sei das soziale Unternehmertum noch nicht enthalten. Weibliches Unternehmertum sei häufig verknüpft mit sozialem Unternehmertum. Ein Kriterienkatalog allein bewirke noch nicht, dass soziales Unternehmer- oder Unternehmerinnentum gefördert werde. Deswegen wolle sie darauf aufbauend weiter investieren.

Vorsitzender Jörg Stroedter stellt für den Ausschuss fest, dass die Fragen der Fraktion Die Linke und die Fragen der AfD-Fraktion damit beantwortet seien.

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit –

Lfd. Nr. 90, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Nr. 8: Was ist im Rahmen des Kultur-, Kreativ- und Digitalwirtschaftsberichtes für 400.000 € geplant? Gibt es schon Ausschreibeingen für die Vergabe?

Tamara Lüdke (SPD) beantragt einen schriftlichen Bericht.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 55, gemeinsam mit den lfd. Nrn. 90 bis 92.

Lfd. Nr. 91, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zu Nr. 1: Inwieweit plant die Senatsverwaltung eine Erweiterung der volkswirtschaftlichen Indikatoren innerhalb der Be-richte um Indikatoren, die sich insbesondere auf Aspekte der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes beziehen? Welche Indikatoren sollen ergänzt werden?

zu Nr. 7: Wie setzt sich der Kultur-, Kreativ- und Digitalwirtschaftsbericht zusammen, welche Zwecke soll er erfüllen und an welchen Adressatenkreis richtet er sich? Wie setzt sich die veranschlagte Summe zusammen? Was sind die Beweggründe für eine jährliche Veranschlagung?

Zu Nr. 8: Wie begründet der Senat die Einführung eines gesonderten Kultur-, Kreativ- und Digitalwirtschaftsberichts und insbesondere dessen Höhe im Vergleich zum Wirtschafts- und Innovationsbericht? Welche Indikatoren sollen abgebildet werden? Bitte ebenso den Zeitplan angeben und durch wen der Bericht erstellt werden soll.

Christoph Wapler (GRÜNE) schließt sich mit weiteren Fragen dem Fragenkatalog der Koalition an und bittet um einen schriftlichen Bericht.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 55, gemeinsam mit den lfd. Nrn. 90 bis 92.

Lfd. Nr. 92, Fraktion Die Linke

Zu Nr.8 : Welches Ziel wird mit dem neuen Kultur-, Kreativ- und Digitalwirtschaftsbericht verfolgt und wie ergibt sich der umfangreiche Ansatz von 200.000 € für jedes Jahr?

Damiano Valgolio (LINKE) bittet um mündliche Beantwortung.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) verweist darauf, dass zum Kultur-, Kreativ- und Digitalwirtschaftsbericht eine schriftliche Darstellung beschlossen worden sei.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 55, gemeinsam mit den lfd. Nrn. 90 bis 92.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Lfd. Nr. 93, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

zu Nr. 6: Welche Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Geldwäschepräventi-on werden hier finanziert? Wofür genau wird das verwendet?

zu Nr. 8: Förderprogramm „Kongressfonds für nachhaltiges Tagen“: Bitte um Auflistung der geplanten Maßnahmen

zu Nr. 9: Stärken der Kreativwirtschaft, Ausbau der Förder-strukturen: Welche Maßnahmen werden hier konkret finanziert und welche Sparten?

zu Nr. 10: Berliner Kunstmessen: Bitte um Erläuterung: – welche sind geplant? (Erläuterung zu Glücksspielvertrag ist aus altem EP 13 2022/2023 und muss hier gestrichen bzw. ersetzt werden.)

zu Nr. 11: Neustart – Nachfolge Corona: was ist hier vorgesehen und sind die Maßnahmen abgeschlossen?

zu Nr. 17: Wie ist der aktuelle Stand zum Ausbau der Wirtschaftsrepräsentanzen im Ausland

zu Nr. 19: Bitte Auflistung/Beschreibung der „Leuchttürme“ – wer bekommt was oder ist geplant?

Lfd. Nr. 94, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Zu Nr. 2: Welche Maßnahmen sind unter der „Flankierung des wirtschaftlichen Engagements von Personen nichtdeutscher Herkunft“ noch zu verstehen oder ist hier nur der Preis „Viel-falt unternimmt“ veranschlagt? Bitte um Aufschlüsselung der geplanten Maßnahmen für jeweils 2024 und 2025.

Zu Nr. 3: Welche Erweiterungen und Ergänzungen sind an der Webseite geplant?

Zu Nr. 4: Welche Dienstleistungen werden aus dieser Nummer finanziert?

Zu Nr. 7: Welche Dienstleistungen für das Förderprogramm für Internationalisierung sind hier vorgesehen? Was sind die Ziele des Programms? Bitte um Darlegung, ob und - wenn ja - wie eine Erfolgsmessung des Programms stattgefunden hat.

Zu Nr. 8: Bitte darlegen, durch wen die Geschäftsbesorgungen erfolgt und weshalb die Mittelzuweisungen sich für 2024 und 2025 stark unterscheiden.

Zu Nr. 9: Wie begründet der Senat den enormen Aufwuchs ab 2024? Welche Förderstrukturen sollen ausgebaut werden und wie soll dies geschehen? Welche Einzelmaßnahmen sind vor-gesehen?

Zu Nr. 12: Welche Dienstleistungen sind vorgesehen und wie bzw. wann erfolgt die Beauftragung bzw. Ausschreibung?

Zu Nr. 13: Wie ist der genaue Zeitplan für die Geschäftsbesorgung und wann und wie wird die Förderrichtlinie für das Pro-gramm "Gründerinnen-Förderung“ erstellt bzw. wann soll die-se vorliegen?

Zu Nr. 14: Welche Dienstleistungen sind vorgesehen und wie bzw. wann erfolgt die Beauftragung bzw. Ausschreibung?

Zu Nr. 17: Bitte erläutern Sie die Kosten zur Einrichtung von Wirtschaftsrepräsentanzen im Ausland. Wo sollen Repräsentanzen aufgebaut werden? Mit welchem Zweck?

Wie viele neue Wirtschaftsrepräsentanzen sind in den beiden Haushaltsjahren 2024/2025 geplant? Ergeben sich Veränderungen bei den bereits bestehenden Repräsentanzen?

Zu Nr. 19: Welche Maßnahmen wurden in 2022 und 2023 bis-lang umgesetzt? Mit welchem Ergebnis? Welche Maßnahmen sind in 2024 und 2025 geplant? Wie wird die Beteiligung lokaler Akteur*innen dabei sichergestellt?

Zu Nr. 20: Wie begründet der Senat die Verdopplung der Kosten für Dienstleistungen zur Unterstützung der Berlin Fashion Week ab 2024? Welche Dienstleistungen sind genau vorgesehen? Welche Ziele sollen erreicht werden?

Zu Nr. 22: Wie viele Unternehmen haben in den vergangenen zwei Haushaltsjahren 2022/2023 vom „Transfer Bonus Gamification & VR“ Gebrauch machen können? Bitte nach Branche und Einsatzgebiet aufschlüsseln.

Zu Nr. 25: Was ist zur Förderung des House of Finance and Tech konkret vorgesehen? Wie sieht der Geschäftsplan aus, wie die Gesellschafterliste?

<u>Lfd. Nr. 95, Fraktion Die Linke</u>

Zu Nr. 8: Mit welcher Begründung erfolgt die Entnahme aus der Pandemierücklage?

Zu Nr. 9: Stärken der Kreativwirtschaft, Ausbau der Förderstrukturen: Welche Dienstleistungen sind vorgesehen und wie bzw. wann erfolgt die Beauftragung bzw. Ausschreibung?

Zu Nr. 10: Aufträge: Stärken der Berliner Kunstmessen: Welche Dienstleistungen sind vorgesehen und wie bzw. wann erfolgt die Beauftragung bzw. Ausschreibung?

Zu Nr. 11: Maßnahmen zum Neustart Kreativwirtschaft: Wie viele Mittel konnte im Jahr 2023 in welchen Maßnahmen umgesetzt werden, inwiefern werden diese Maßnahmen unter Nr. 9 und 10 unverändert weitergeführt und welche Maßnahmen werden ggf. beendet und neu ergriffen?

Zu Nr. 17: Einrichtung von Wirtschaftsrepräsentanzen im Ausland: Welche Dienstleistungen werden für 500.000 € mehr jährlich zusätzlich erbracht??

Zu Nr. 20: Berlin Fashion Week: Woraus ergibt sich die Verdoppelung der Ausgaben auf 2 Millionen?

Zu Nr. 25: House of Finance and Tech Geschäftsbesorgung: Welche Dienstleistungen sind vorgesehen und wie bzw. wann erfolgt die Beauftragung bzw. Ausschreibung?

Lfd. Nr. 96, AfD-Fraktion

Zu 9.) Bitte näher erläutern. Welche Förderstrukturen sollen ausgebaut werden?

Zu 17.) Bitte die Mittelerhöhung um 500.000 € erläutern. Welche Wirtschaftsrepräsentanzen sind mit welchen Maßnahmen betroffen?

Sebastian Scheel (LINKE) interessiert, welche Standorte für den Ansatz von 500 000 Euro, die für den Ausbau der Strukturen erforderlich sein sollten, vorgesehen seien? Er werde die Fragestellung schriftlich nachreichen.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu den lfd. Nrn. 93 bis 96 gemeinsam schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 56.

Titel 54053 – Veranstaltungen –

Lfd. Nr. 97, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

zu 8.: Wie sieht das Konzept der Wirtschaftskonferenz aus? Welche internationalen Aspekte werden verfolgt?

Warum wurden die Mittel von 600.000 € auf die beiden Jahre aufgeteilt und nicht nur in 2025 etatisiert?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) führt aus, es gebe eine Kooperation zwischen Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie und Einbeziehung IHK, Handwerkskammer, Unternehmerverband und DGB. Die Berliner Wirtschaftskonferenz sei 2006 gestartet und habe immer wieder dazu beigetragen, Berlin auch international zu profilieren, die mit der Nachwendezeit verbundenen großen Veränderungen zu meistern und letztlich Berlin in einer Metropolregion mit Brandenburg zu stärken. Es seien wichtige Schritte nach vorn gemacht worden. Berlin wolle auch in der Metropolregion Berlin-Brandenburg zum Innovationsstandort Nummer 1 in Europa werden. Die Berliner Wirtschaftskonferenz solle in diesem Kontext eine wichtige Rolle spielen. Es sollten internationale Entscheidungsträger aus Politik und Unternehmen nach Berlin eingeladen werden und den Fokus auf elf Zukunftsorte legen, Berlin als Forschungs- und Wissenschaftsstadt zu profilieren, die Start-up-Szene nach vorne zu bringen und die Stadt zu präsentieren, aber auch um zu zeigen, dass hier investives Engagement gewünscht werde. Bei einer solchen Konferenz, im Rahmen derer internationale Aufmerksamkeit erregt werden solle, sollten renommierte Speaker- und Unternehmerpersönlichkeiten nach Berlin eingeladen werden. Es gebe die Notwendigkeit für einen gewissen Planungsvorlauf, um entsprechend agieren zu können. Deshalb sei die Summe auch auf die beiden Jahre aufgeteilt, für die Vorbereitungs- und da die Umsetzungszeit.

Vorsitzender Jörg Stroedter stellt für den Ausschuss fest, dass die Fragen damit beantwortet seien.

Lfd. Nr. 98, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Zu Nr. 1: Wie hat sich die Zahl der Teilnehmenden an den Deutsche Gründer- und Unternehmertagen – deGUT in den vergangenen Jahren gewandelt? Was ist die Grundlage für den veranschlagten Aufwuchs?

Zu Nr. 2: Wie oft und in welcher Form haben bezirksübergreifenden Dialogformate stattgefunden? Bitte begründen Sie, weshalb ab 2024 kein Geld mehr dafür eingestellt werden soll.

Zu Nr. 4: Warum sind keine weiteren Dialogformate geplant?

Zu Nr. 8: Was ist unter der Berliner Wirtschaftskonferenz zu verstehen? Wie sehen Zielvorgaben aus? Wie werden Überschneidungen mit bestehenden Formaten ausgeschlossen?

Tuba Bozkurt (GRÜNE) ergänzt, sie wolle verstehen, inwieweit bestehende Formate davon nicht berührt würden bzw. dies darüber hinaus gingen. Sie bitte um schriftliche Ausführungen dazu

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 57.

Lfd. Nr. 99, Fraktion Die Linke

Zu Nr. 2: Warum werden die bezirksübergreifenden Dialogformate gestrichen?

Zu Nr. 7: Was ist das Konzept für den Businessplan-Wettbewerb Berlin-Brandenburg (BPW)?

Zu Nr. 8: Was ist der Mehrwert der „Berliner Wirtschaftskonferenz“ für 300.000 €?

Damiano Valgolio (LINKE) erklärt, die dritte Teilfrage sei bereits beantwortet. Er bitte um mündliche Beantwortung der Fragen zu Nummer 2 und sieben

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) führt aus, in den letzten Jahren seien keine bezirksübergreifenden Dialogformate aus dem Titel finanziert worden. Aufgrund der Pandemie hätten viele der Dialogformate nicht wie geplant durchgeführt werden können. Andererseits habe es auch Formate gegeben, die nicht zwingend Kosten verursacht hätten, beispielsweise die Gespräche und der Austausch mit den bezirklichen Wirtschaftsförderungen. Ihr Vorgänger, Stephan Schwarz, habe mit der „Made in Berlin-Tour“ begonnen; sie habe diese fortgeführt. Dort fielen keine großen Kosten an, aber Organisationsaufwand. Trotzdem entstehe viel Dialog und Austausch. Solche Formate könnten manchmal auch durch andere Mittel finanziert werden, beispielsweise eine Projektförderung zur Umsetzung des Masterplans Industriestadt Berlin oder im Hauptstadtmarketing von visitBerlin, oder im Unternehmensservice von Berlin Partner. Dort seien eine Reihe von Veranstaltungen und Dialogformaten durchgeführt worden, die von anderer Stelle finanziert worden seien. Bezirksübergreifende Formate seien daher nicht gestrichen, sondern in andere Formate, in andere Förderinstrumente

eingeflossen. Es gebe keine Reduzierung der Aufgabenwahrnehmung; es gebe nur andere Finanzierungswege, die dazu gefunden worden seien.

Der Businessplan-Wettbewerb sei ein zentrales Instrument der Gründungsunterstützung. Die Start-up-Unternehmen, die dort unterstützt worden seien, hätten dort auch gepitcht. Bei dem Businessplan-Wettbewerb gebe es nicht nur eine Ehrung des besten Konzepts; vielmehr würden die Unternehmen, die dort antreten und sich bewürben, in ihrer Arbeit begleitet. Sie erhielten ein Seminar- und Workshopangebot. Sie erhielten individuelle Beratung, Netzwerkabende, um sich mit Gleichgesinnten und Geschäftspartnern treffen zu können. Durch die Einreichung im Businessplan-Wettbewerb könnten Sie ein individuelles Feedback von Juroren und Coaches erhalten, auch mit Preisgeld verbunden und gesellschaftlicher Anerkennung. Es gebe jährlich etwa 1 500 Teilnehmer, sowohl aus Berlin als auch aus Brandenburg. Die letzte Preisverleihung habe sie gemeinsam mit ihrem Kollegen Wirtschaftsminister Jörg Steinbach gemacht, sodass ein deutliches Zeichen für die Zusammenarbeit Berlin-Brandenburg habe gesetzt werden können.

Vorsitzender Jörg Stroedter stellt für den Ausschuss fest, dass die Fragen Nr. 2 und 7 der Fraktion Die Linke damit beantwortet seien.

[Unterbrechung der Sitzung von 16.00 Uhr bis 16.21 Uhr]

Titel 68101 – Stipendien, Ausbildungs- und Erziehungsbeihilfen –

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu den lfd. Nrn. 100 und 101 gemeinsam schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 58.

Titel 68244 – Zuschuss an die Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu den lfd. Nrn. 102 und 103 gemeinsam schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 59.

Titel 68307 – Wirtschaftsförderung –

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu den lfd. Nrn. 104 bis 108 gemeinsam schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 60.

Titel 68316 – Förderung des Berlin-Marketing –

Lfd. Nr. 109, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Für welche Ziele werden die Mittel für das Berlin-Marketing eingesetzt? Wie werden beim Berlin Marketing Ziele des Klimaschutzes berücksichtigt?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) führt aus, beim Berlin-Marketing gebe es zwei Ziele, die sich an unterschiedliche Zielgruppen richteten und unterschiedliche Kernbotschaften verwendeten. Zum einen gehe es um das Bewerben des Wirtschaftsstandorts Berlin, um insbesondere ansiedlungsinteressierte Unternehmen und Fachkräfte für einen Zuzug nach Berlin zu bewegen, klassische Ansiedelungspolitik, zum anderen solle Berlin als profitierte Tourismusdestination entwickelt werden. Zielgruppe seien Touristen und touristische Organisation im In- und Ausland. Mit dem Berlin-Marketing solle die Entwicklung und Stärkung einer europäischen Metropole internationalen Rangs auch als hervorragender Wirtschafts-Investitionsstandort propagiert werden. Für die Tourismusstadt sei visitBerlin wichtiger Partner. Seit 2021 gebe es mit visitBerlin eine unternehmensinterne Nachhaltigkeitsstrategie, um den Tourismusort nachhaltig zu gestalten und für Qualitätstourismus in der Stadt zu stehen.

Lfd. Nr. 110, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Zu Nr. 2: Aufschlüsselung der mit dem deutlichen Aufwuchs für Berlin Tourismus & Kongress GmbH (BTK) verbundenen neuen Aufgaben samt deren veranschlagter Kosten

Zu Nr. 3: Pro Bezirk ca.76.000 € Zuschuss? Zweckgebunden an Bürgerbeteiligungsformate? Bürgerbeiräte in Bezug auf den Tourismus?

Bezirkliche Tourismusförderung: welche Ergebnisse konnten bereits erzielt werden, wie verteilt sich der bezirkliche Tourismus?

Lfd. Nr. 111, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Nr. 7-10: Bitte um Auflistung der geplanten Maßnahmen zu den jeweiligen Neustart-Programmen

Lfd. Nr. 112, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Zu Nr. 2: Bitte darlegen, warum es zum deutlichen Aufwuchs in den Jahren 2024 und 2025 kommt sowie wofür die Gelder insgesamt im Einzelnen verwendet werden? Bitte darstellen, welche neue Aufgaben aus der Erweiterung des Gesellschaftszwecks resultieren. Welche Strategie soll mit dem Berlin-Marketing in den nächsten Jahren verfolgt werden? Wofür werden hier Mittel aus der sog. „City Tax“ verwendet? Welche Maßnahmen wurden zur Steigerung der Akzeptanz von Tourismus durchgeführt, welche sind geplant? Welche Maßnahmen wurden von der BTK zur Förderung des Kongress- und Messegeschäftes durchgeführt? Welche Maßnahmen plant die BTK für 2024 und 2025?

Zu Nr. 3: Wie war der Mittelabfluss für die Bezirksprojekte in 2022 und 2023? Wie viele Anträge auf Mittelgewährung wurden seitens der Bezirke mit welcher Gesamtsumme wurden eingereicht?

Zu Nr. 9: Welche Maßnahmen wurden in 2023 umgesetzt? Welche Maßnahmen sind für 2024 und 2025 geplant? Bitte erläutern, warum es zur Reduzierung des Titels kommt und wie dies sich auf den Kongressfonds sowie mögliche Förderungen bzw. Vorhaben und Projekte auswirkt.

Zu Nr. 10: Wie ist der Sachstand zum Fonds Ökologischer Tourismus? Wann wird der Fonds starten? Welches Konzept liegt bei der Einrichtung des Fonds zugrunde? Welche Akteur*innen wurden/werden in die Ausgestaltung des Fonds ein-bezogen? Welche Umsetzungsschritte sind für 2024 und 2025 geplant? Welche Akteur*innen sollen den Fonds in Anspruch nehmen können und für welche Art von Vorhaben bzw. Projekten?

Bitte darlegen, welche Schritte in 2022 und 2023 zur Umsetzung bzw. Konzipierung des Fonds durch wen und wann erfolgten. Wie wurden die Gelder im Doppelhaushalt 2022/23 verwendet und wofür (bitte inklusive des jeweiligen Titels an-geben)?

Zu Nr. 12: Welche Ziele werden mit der Kampagne verfolgt? Welche Zielgruppen werden adressiert? Welche Einzelmaß-nahmen sind innerhalb der Kampagne geplant? Von wem soll die Kampagne durchgeführt werden?

Julian Schwarze (GRÜNE) bittet um einen schriftlichen Bericht. Zu Beginn der Beratung sei über den Fonds „Ökologischer Tourismus“ gesprochen worden, der jährlich mit sechs Millionen Euro finanziert werde. Hier sei der Ansatz mit 5,5 Millionen Euro angegeben. Habe es eine Änderung gegeben? Eine Detailfrage zu Nummer 1 werde er schriftlich nachreichen.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erklärt, der Tourismusfonds sei im nächsten Jahr mit 5,5 Millionen Euro und im übernächsten Jahr mit 6 Millionen Euro ausgestattet.

Lfd. Nr. 113, Fraktion Die Linke

Wie ist der Stand der Entwicklung des Hotelentwicklungskonzepts (alt Nr. 4)? Wann ist mit Ergebnissen zu rechnen?

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass auch zu den lfd. Nr. 112 und 113 gemeinsam schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 61.

Titel 68317 – Zuschüsse an Unternehmen für besondere Aufgaben –

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu den lfd. Nrn. 114 bis 118 gemeinsam schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 62.

Titel 68542 – Zuschüsse an Einrichtungen der internationalen Kooperation –

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu den lfd. Nrn. 119 bis 122 gemeinsam schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 63.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

Lfd. Nr. 123, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Warum werden nicht alle Nr. mit Begründungen versehen? Die Zuordnung der bestehenden Nr. zu den Begründungen ist nicht stets korrekt. Wieso wird die Förderung von Meisterausbildungen von Frauen etc. auf null reduziert? Welche zusätzlichen Maßnahmen werden mit der Verdopplung beim Club-Lärmschutz konkret finanziert?
Welchen Anteil hat das Kunsthandwerk bei Nr. 4?

Lfd. Nr. 124, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Zu Nr. 3: Welche Inhalte werden im Schülerprojekt JUNIOR vermittelt?
Zu Nr. 4: Welche Zielvereinbarungen wurden mit der Handwerkskammer für das Aktionsprogramm vereinbart? Wie ist der Stand zum Aufbau eines Reparaturnetzwerkes, der Fortführung der Meistergründungsprämie, der neuen Gewerbehöfe und der Meistermeilen? Wie unterstützt der Senat die Meisterausbildung von Frauen und unterrepräsentiert Gruppen? Welche Aktivitäten plant der Senat außerhalb des Aktionsprogramms zur Unterstützung des Handwerks?
Zu Nr. 8: Mit welchen Maßnahmen unterstützt der Senat in 2023 die Meisterausbildung von Frauen und unterrepräsentierten Gruppen? Wie erklärt sich die Streichung der Mittel ab 2024? Welcher Zusammenhang besteht zum AsiaBerlin Summit, den die Beschreibung auf S. 68 suggeriert?
Zu Nr. 11: Welche Vorhaben mit welchen Kosten wurden in 2022 und 2023 gefördert? Wie sind Kostensteigerungen, insbesondere im Baubereich, bereits im Programm für den kommenden Haushalt berücksichtigt? Für wie viele Projekte liegen für eine möglich Förderung in 2024 und 2025 bereits Anträge bzw. Interessensbekundungen vor und reicht das Budget für die absehbaren Projektförderungen aus? Waren und sind die Mittel des Titels aus Vorjahren übertragbar?

Lfd. Nr. 125, Fraktion Die Linke

Zu Nr. 4: Welche Zielvereinbarungen wurden mit der Handwerkskammer für das Aktionsprogramm vereinbart? Wie ist der Stand zum Aufbau eines Reparaturnetzwerkes, der Fortführung der Meistergründungsprämie, der neuen Gewerbehöfe und der Meistermeilen?

Zu Nr. 8: Warum wird die Meisterausbildung von Frauen und weiterer unterrepräsentierter Gruppen von 320.000 € auf 0 gestrichen? Gibt es an anderer Stelle eine Förderung der Meister-ausbildung unabhängig von der Gründung?

Mit welchen Maßnahmen unterstützt das Land die Weiterbildungsprogramme im Jahr 2022 und im Jahr 2023?

Lfd. Nr. 126, AfD-Fraktion

Zu 5.) Wie viele Personen wurden in den Jahren 2022 und 2023 aus welchen Herkunftsländern gefördert? Welche Zwecke wer-den konkret gefördert? Bitte die Förderrichtlinien erläutern

Damiano Valgolio (LINKE) bittet um mündliche Beantwortung zu Nr. 8.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) legt dar, es gebe eine Unterstützung der Meisterausbildung von Frauen und weiterer unterrepräsentierter Gruppen. Mit der Vereinbarung dazu für das Programm Unterstützung Meisterausbildung für Frauen zum 1. Januar 2024 sei vereinbart worden, dass der geplante Meister- und MeisterinnenBONUS für Frauen um 1 000 Euro höher ausfallen solle, vergleichbar mit dem GründerinnenBONUS, der zusätzlich zum GründungsBONUS gewährt werde, weil in bestimmten Handwerksberufe die Frauen sehr unterrepräsentiert seien. Deshalb gebe es keine Anmeldung für die Mittel für die Unterstützung der Meisterausbildung für Frauen und weiterer unterrepräsentierter Gruppen, sondern die Mittel seien für sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke angemeldet. Die Verlagerung ermögliche, den Frauen, die diesen Meisterinnenbonus erhielten, 1 000 Euro mehr zu gewähren. Es sei eine Zuordnungsfrage.

Damiano Valgolio (LINKE) bittet um einen schriftlichen Bericht, um die Ausführungen nachvollziehen zu können.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu den lfd. Nrn. 123 bis 126 gemeinsam schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 64.

Titel 68629 – Zuschüsse für besondere touristische Projekte –

Lfd. Nr. 127, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Wie hoch sind die zu erwartenden Kosten des Wassertourismuskonzeptes? Wer erstellt es?

Aufteilung der Kosten in Veranstaltungen/Konzept?

Lfd. Nr. 128, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Projekte wurden in 2022 und 2023 bezuschusst? Wie wird das im Tourismuskonzept des Landes definierte Ziel des stadtverträglichen Tourismus bei der Gewährung von Zuschüssen berücksichtigt?

Um welche besonderen touristischen Projekte geht es mit welchen jeweiligen Kosten?

Wofür werden die Verpflichtungsermächtigungen gebraucht?

Nach welchen Grundsätzen werden die sog. „City Tax“-Einnahmen verteilt?

Welche Maßnahmen zur Steigerung der Akzeptanz und Stadt-verträglichkeit von Tourismus werden durch diese Mittel er-griffen? Wie und für was wird der Rest des Titels verwendet?

Zu wann wird das Wassertourismuskonzept vorliegen, welche Inhalte und Schwerpunkte hat es, durch wen wird es erstellt, wer wurde dabei eingebunden bzw. beteiligt und in welcher Höhe wurden bzw. werden hierfür Mittel ausgegeben?

Im vorherigen Doppelhaushalt war folgende Formulierung in den Erläuterungen enthalten: „Zusätzlich sollen insgesamt 350.000 € ab dem Jahr 2023 für die direkte Unterstützung von Tourismusvereinen und touristischen Arbeitsgemeinschaften der 12 Bezirke zu ihrer strukturellen Stärkung sowie sonstigen tourismuspolitischen Kiezinitiativen und Projekten im Sinne des Tourismuskonzeptes verwendet werden (verbindliche Er-läuterung).“ Handelt es sich nach Wegfall der Nennung der Summe um eine Kürzung der Mittel für die Bezirke?

In welcher konkreten Höhe stehen in diesem Titel Mittel für die „Unterstützung queerer Veranstaltungen im öffentlichen Straßenraum“ jeweils für 2024 und 2025 zur Verfügung? Welche Veranstaltungen wurden in welcher Höhe in 2022 und 2023 unterstützt?

Inwieweit werden in diesem Titel (oder in anderen Titeln des Einzelplans) queere touristische Projekte und/oder Kampagnen berücksichtigt?

Lfd. Nr. 129, Fraktion Die Linke

Welche Projekte, Initiativen, Vereine und Veranstaltungen wurden in den Jahren 2022 und 2023 in welcher Höhe finanziert? Welche Projekte, Initiativen, Vereine und Veranstaltungen sollen in den Jahren 2024 und 2025 finanziert werden? Wie viele Mittel werden jährlich für queere Veranstaltungen im öffentlichen Raum veranschlagt?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) berichtet, derzeit laufe die Ausschreibung für das Wassertourismuskonzept. Es werde davon ausgegangen, dass der geschätzte Auftragswert für die Konzepterstellung und den dazugehörigen Beteiligungsprozess sowie die Veranstaltung für die Ergebnispräsentation etwa 150 000 Euro betrage.

Tamara Lüdke (SPD) interessiert, in welcher Höhe Beträge im Ansatz für 2024 für den Wassertourismus vorgesehen seien. Wofür würden sie verwendet? Welche Einzelprojekte bzw. Maßnahmen würden finanziert? Wofür würden sie in 2025 genau verwendet? Sie bitte um schriftliche Auflistung der Einzelprojekte. Die Fragestellung werde schriftlich nachgereicht.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu den lfd. Nrn. 127 bis 129 gemeinsam schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 65.

Titel 68638 – Förderung von Wirtschaftsfreiheit und kultureller Freiheit –

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu der lfd. Nr. 130 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 66.

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT –

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu den lfd. Nrn. 131 und 132 gemeinsam schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 67.

Kapitel 1330 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Betriebe und Strukturpolitik –
Titel 11201 – Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder –

Lfd. Nr. 133, AfD-Fraktion

An welcher Stelle (Kapitel/Titel) erfolgte die Ausweisung im Haushaltsplan 2022/2023? Bitte die Hintergründe des Wegfalls näher erläutern.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erklärt, im Jahr 2022 sei dieser Titel aufgrund einer Einnahme in Höhe von 1 600 Euro in Zusammenhang mit einem unvorhersehbaren Bußgeld eingerichtet worden. Diese Einnahme sei im Doppelhaushalt als Ist 2020 ausgewiesen. Grundsätzlich gebe es aber keine Einnahmen in diesem Titel. Insofern könne der Ansatz entfallen.

Vorsitzender Jörg Stroedter stellt für den Ausschuss fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Titel 27297 – Zuschüsse der EU aus dem EFRE für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2021-2027) –

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu der lfd. Nr. 134 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 68.

MG03 (88307) Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“
MG03 (88307) Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“
MG03 (89231) Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“
MG03 (89232) Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu den lfd. Nrn. 135 bis 138 gemeinsam schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 69.

Titel 12126 – Gewinnablieferungen der Anstalten des öffentlichen Rechts –

Lfd. Nr. 139, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie ist die große Differenz der Gesamteinnahmen der Berliner Wasserbetriebe vom Jahr 2022 zu nachfolgenden Jahren zu erklären?

Lfd. Nr. 140, Fraktion Die Linke

Gewinnablieferung der BWB: Erläuterung der Veränderungen von 2023 auf 2024 und 2025

Welche Gebührenentwicklung liegt dem Ansatz zugrunde?

Wie hoch ist der Gewinnverzicht des Landes um die Gebühren zu stabilisieren?

Lfd. Nr. 141, AfD-Fraktion

Was sind die hauptsächlichen Hintergründe für die starke Reduzierung der Gewinnablieferung von 143 Mio. € auf 80,5 Mio. € mit Bezug auf die BWB?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) trägt vor, bei den Wasserbetrieben seien die Ansätze veranschlagt, die in der Haushalts- und Finanzplanung verankert seien und auf dem Wirtschaftsplan 2023 beruhten. Der Wirtschaftsplan werde immer im Voraus festgelegt und sei im September 2022 im Aufsichtsrat zur Kenntnis genommen worden. Die Zahlen der Gesamteinnahmen bezögen sich auf die jeweils vorangegangenen Geschäftsjahre der Wasserbetriebe. Eine Ausschüttung an den Berliner Haushalt erfolge immer im darauffolgenden Jahr. Von den Gesamteinnahmen würden die Rückstellungen aus der Finanzierung der Beendigung der stillen Gesellschaft und die Rücklage aus dem Wiederbeschaffungswert abgezogen; daraus ergebe sich der Bilanzgewinn. Von dem auszuschüttenden Bilanzgewinn sei dann noch die Kapitalertragsteuer abzuführen. Die verminderten Gesamteinnahmen ab dem Jahr 2022 durch die Berliner Wasserbetriebe resultierten aus unterschiedlichen Effekten. Zum einen gebe es einen gesunkenen Trinkwasserabverkauf; im letzten Jahr habe es eine umfangreiche Kampagne für Wassersparen gegeben. Die Berliner hätten tatsächlich Wasser gespart. Die

Grundkosten seien gestiegen auch aufgrund gestiegener Tarifabschlüsse und erhöhter Energie- und Materialkosten; auch kalkulatorische Kosten seien gestiegen. Weiteres Thema seien Zinsen gewesen und andere Effekte aus der Nachkalkulation. Sie biete an, dazu ein schriftlichen Bericht zu liefern.

Frank-Christian Hansel (AfD) äußert, einen solchen gern anzunehmen.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) verweist zur lfd. Nr. 141 auf ihre Ausführungen zur lfd. Nr. 140.

Vorsitzender Jörg Stroedter merkt an, in dem schriftlichen Bericht möge beantwortet werden, warum bei einer Reduzierung von über 60 Millionen Euro der Gewinnablieferung gleichzeitig eine Preissteigerungsdebatte geführt werde.

Er halte für den Ausschuss fest, dass zu den lfd. Nrn. 139, 140 und 141 unter Einbeziehung der von ihm gestellten Frage gemeinsam schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr.70.

Titel 52609 – Thematische Untersuchungen –

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu den lfd. Nrn. 142 und 143 gemeinsam schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 71.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu den lfd. Nrn. 144 bis 148 gemeinsam schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 72.

Titel 54602 – Technische Hilfe für die Durchführung von Programmen der EU –

Lfd. Nr. 149, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Zu Nr. 8: Bitte um Erläuterung der Ansätze in 2024 und 2025.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erklärt, die technische Hilfe sei entscheidender Punkt, um die zur Verfügung stehenden Strukturfondsfördermittel umzusetzen. Diese Gelder müssten investiert werden, um viele andere Millionen Euro Fördergelder hebeln zu können. Es gebe eine Verpflichtung der Mitgliedstaaten in Zusammenarbeit zwischen den Behörden, zwischen Wirtschaft und Sozialpartnern, dafür zusammen, dass der gesamte Programmzyklus, die Vorbereitung, die Umsetzung, Begleitung und Bewertung erfolge. Seitens der EU-Kommission gebe es strenge Erwartungshaltungen, was die Verwaltungsbehörde zu liefern habe; dies werde auch erfüllt. Zu Beginn der Förderperiode sei für die Errichtung einer

externen Kontakt- und Beratungsstelle im Europäischen Sozialfonds zur Unterstützung der Wirtschafts- und Sozialpartner bei der Umsetzung der ESF-Projekte eine entsprechende Haushaltsvorsorge getroffen. Es seien die Landesmittel in Höhe von 95 000 Euro im Jahr 2023. Inzwischen habe die Verwaltungsbehörde entschieden, die Maßnahmen zur Stärkung der institutionellen Kompetenz der Partner mit den vorhandenen personellen Ressourcen zu erbringen und im Rahmen der bestehenden Strukturen, insbesondere für den Arbeitskreis ESF+ des gemeinsamen Berliner Begleitausschusses zu unterstützen. Es handele sich um eine fördertechnische Umsetzung der Auflagen und diene, optimal EU-Förderprogramme, die für das Land Berlin zur Verfügung stünden, umsetzen zu können. Berlin sei sehr gut und setze nicht nur die GRW-Mittel vorbildlich um, sondern auch die EU-Fördermittel. Die technische Hilfe müsse aus ihrem Bereich zur Verfügung gestellt werden.

Vorsitzender Jörg Stroedter stellt für den Ausschuss fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Titel 67125 – Ersatz von Ausgaben der Messe Berlin –

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu der lfd. Nr. 150 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 73.

Titel 67140 – Ausgleich der IBB für Ausfälle im Rahmen von Förderprogrammen –

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu der lfd. Nr. 151 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 74.

Titel 68307 – Wirtschaftsförderung –

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu der lfd. Nr. 152 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 75.

Titel 68311 – Zuschüsse zur Unterstützung der Berliner Wirtschaft in Notlagen –

Lfd. Nr. 153, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

In welchem Verhältnis steht dieser Haushaltstitel zum Neustart-Programm des Senats?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) führt aus, das Neustart-Programm sei wesentlicher Entwicklungspunkt im letzten Jahr gewesen. Über 330 Millionen Euro für die Wirtschaft und die Kultur seien zur Verfügung gestellt worden. Der InvestitionsBONUS bleibe im weiteren Sinne Teil des allgemeinen Neustart-Programms und werde ab dem kommenden Jahr aus der Pandemierücklage finanziert.

Vorsitzender Jörg Stroedter stellt für den Ausschuss fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Lfd. Nr. 154, AfD-Fraktion

Zu 1.) In welcher Höhe ist eine Entnahme aus der Pandemie-rücklage vorgesehen?

Zu 2.) Bitte die Energiekostenhilfe näher erläutern. Welche Planungen hat der Senat? Ist eine Entnahme aus der Energiekostenrücklage vorgesehen?

Frank-Christian Hansel (AfD) verweist auf den schriftlichen Bericht zur laufenden Nummer 148, die Energiekostenhilfe und bittet um gemeinsame Beantwortung der lfd. Nrn. 148 und 154.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 76.

Titel 68350 – Prämien an private Unternehmen für besondere wirtschafts- und arbeitsplatzfördernde Maßnahmen –

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu der lfd. Nr. 155 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 77.

Titel 68368 – Zuschüsse zur Steigerung der Leistungsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen –

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu der lfd. Nr. 156 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 78.

Titel 68397 – Zuschüsse an private Unternehmen aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027) –

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu der lfd. Nr. 157 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 79.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu den lfd. Nrn. 158 und 159 gemeinsam schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 80.

Titel 83103 – Kapitalzuführung an die Messe Berlin GmbH –

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu den lfd. Nrn. 160 bis 162 gemeinsam schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 81.

Titel 83107 – Kapitalzuführung an die WISTA Management GmbH –

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu den lfd. Nrn. 163 und 164 gemeinsam schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 82.

Titel 83167 – Einrichtung eines Berliner Turn-Around-Programms (Sanierungsbeteiligungsgesellschaft) bei der IBB –

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu den lfd. Nrn. 165 und 166 gemeinsam schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 83.

Titel 87106 – Inanspruchnahme aus Bürgschaften für Sozialunternehmen, Nicht-EU-Angehörige und Flüchtlinge –

Lfd. Nr. 167, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie viele Bürgschaften wurden vergeben? An welche Unternehmen wurden Bürgschaften vergeben?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) trägt vor, zum 12. September 2023 seien sieben Bürgschaften an soziale Unternehmen bzw. an Soloselbständige oder Angehörige freier Berufe vergeben worden sowie sechs Bürgschaften an Unternehmen bzw. Soloselbständige

oder Angehörige freier Berufe. Diese hätten eine nicht-EU-angehörige oder eine geflüchtete Person als Hauptgesellschafter. Insgesamt seien demnach 13 Bürgschaften vergeben worden. Wegen der Verschwiegenheitspflicht dürften die Namen nicht benannt werden.

Vorsitzender Jörg Stroedter stellt für den Ausschuss die Beantwortung der Fragen fest.

Lfd. Nr. 168, AfD-Fraktion

Bitte das Bürgschaftsförderprogramm näher erläutern.

Wie viele Bürgschaften wurden im Jahr 2023 übernommen?

In welcher Höhe wurden im Jahr 2023 Bürgschaften übernommen und in welcher Höhe sind sie für das Jahr 2024 und 2025 geplant?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erklärt, zum Stichtag 12. September 2023 seien sieben Bürgschaften für die Sozialunternehmen vergeben worden, damit 1,163 Millionen Euro. Die Höhe der Rückbürgschaften durch das Land machten 930 880 Euro aus.

Vorsitzender Jörg Stroedter stellt für den Ausschuss die Beantwortung der Fragen fest.

Titel 89123 – Zuschüsse an das SILB zur Sanierung des Internationalen Congress Centrums Berlin (ICC) –

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu den lfd. Nrn. 169 und 170 gemeinsam schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 84.

Titel 89233 – Zuschüsse im Rahmen des Förderprogramms: GründungsBONUS –

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu den lfd. Nrn. 171 und 172 gemeinsam schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 85.

Titel 89360 – Energetische Modernisierung von Wohngebäuden (Effiziente GebäudePLUS) –

Lfd. Nr. 173, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie wird sichergestellt, dass die Gelder abfließen?

Warum wird der Titel 2025 drastisch gekürzt?

Wie ist die Finanzierung aus der Energiekostenrücklage gegründet? Welcher sachliche Zusammenhang kann hier hergestellt werden?

Wie soll das „Nachfolgeprogramm“ konzipiert sein, wie viele Mittel sollen dafür zur Verfügung gestellt werden und wie erfolgt die Umsetzung (Art und Höhe der Förderung, Antragsverfahren und Förderkriterien, Programmträgerschaft und sonstige Operationalisierung, etc.)?

Inwiefern handelt es sich bei dem geplanten Nachfolgeprogramm um eine zusätzliche Maßnahme?

Lfd. Nr. 174, Fraktion Die Linke

Ist geplant, das Förderprogramm abzuändern oder bleibt es so wie bislang bestehen?

Bitte um Bericht zum Förderprogramm. (darin: Anzahl der Anträge und Anzahl der Bewilligungen sowie ausgereichte Fördermittel aufgeteilt nach den Fördermodulen, Ausschöpfung der Mittel in 2022 und in 2023 bis einschließlich August 2023) Welche Heizungsanlagen wurden im Fördermodul 3 wie oft gefördert?).

An welche Bedingungen ist die Förderung geknüpft (z.B. hin-sichtlich Sanierungsfahrplänen, energetische Anforderungen, Sozialbindung, Modernisierungsumlage)?

In welcher Höhe ist die Fortführung des Förderprogramms aus dem Sondervermögen Klimaschutz, Resilienz und Transformation geplant? Wie viele zusätzliche Mittel sollen zukünftig aus dem Sondervermögen bereitgestellt werden?

Welchen Einfluss hat die Verabschiedung der Novelle des Gebäudeenergiegesetzes des Bundes (GEG) und der beabsichtigen Änderung der Förderbedingungen der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) auf das Förderprogramm? Welche Anpassungen sind aus Sicht des Senats erforderlich bzw. sinn-voll? (z. B. hinsichtlich geförderter Heizungsanlagen, Förder-höhen, Kumulierungsgrenzen, etc.)

Lfd. Nr. 175 AfD-Fraktion

Der Senat hat den Ausbau der Gebäudesanierung als eine Maßnahme gegen eine Klimanotlage identifiziert und sieht eine Vervierfachung der Mittel vor. Welche konkreten Annahmen der Inanspruchnahme und der Anzahl der Gebäudesanierungen liegen der Veranschlagung zugrunde?

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) stellt fest, dass der Ansatz von 40 Millionen Euro auf zehn Millionen Euro verringert werde, wobei explizit auf das Sondervermögen verwiesen werde. Er bitte um schriftliche Beantwortung, weil es im Widerspruch zu den Aussagen der Senatorin über das Sondervermögen und Zusätzlichkeit stehe. Gleiches gelte für das SolarPLUS-Programm, welches auf Null gesetzt werde.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) führt aus, das Sondervermögen solle die vier Förderbereiche, effiziente Gebäude, erneuerbare Energien, Transformation der Wirtschaft und Mobilitätswende abdecken. Ein Sondervermögen Klimaschutz, Resilienz und Transfor-

mation müsste auch die Interessen der Grünen treffen. Selbstverständlich würden im Rahmen des Sondervermögens die effizienten Gebäude adressiert. Das bedeute nicht, dass nicht auch die bestehenden Programme entsprechend umgesetzt und beendet würden. Dann würde ein neues Programm beginnen, ein neues Programm sowohl für die Solarförderung als auch für die Gebäudeenergieeffizienz. Dieses Programm würde unter normalen Umständen nicht durchgeführt werden können, weil es keine Mittel gäbe, um eine derartig ausfinanzierte, ausgefeilte Maßnahmenkonzeption vorzunehmen. Die bisherigen Programme würden beendet. Im Sondervermögen werde dann an dieser Stelle ein neues, viel ausgefächerteres und umfangreicheres Gebäudeenergieeffizienzprogramm aufgelegt. Es sei deutlich umfänglicher als die bisherigen Programme. Es gehe auch darum, bestehende Strukturen und Erfahrungen in diesem Programm zu nutzen und darauf Neuprogramme aufzusatteln.

Vorsitzender Jörg Stroedter bemerkt, es werde sowohl eine rechtliche Bewertung geben müssen zu diesem Sondervermögen, zum anderen werde auch im Hauptausschuss noch einmal genau geprüft und begutachtet.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) stellt klar, die Grünen seien für das Sondervermögen; es werde mehr Geld für den Klimaschutz benötigt. Allerdings würden keine Verlagerungen aus dem Haushalt in dieses Sondervermögen mitgetragen. Für das Programm SolarPLUS gebe es 2025 keinen Ansatz mehr. Wenn irgendjemand gegen dieses Sondervermögen erfolgreich klage, gebe es 2025 keine Solarförderung mehr. Dieses Problem müsse adressiert werden.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) ergänzt, ihn verwundere die Debatte. Er erinnere an Aussagen des damaligen Finanzsenators, der diese Strukturen für das Land Berlin für entbehrlich gehalten habe, weil es Bundesförderungen gebe. Wenn es die einmalige Chance gebe, einen neuen Weg gehen zu können, Gutes verbessern und zusätzliche Dinge machen zu können, sollte dieser Weg beschritten werden, um relativ schnell einen Erfolg zu produzieren und die gesteckten Ziele erreichen zu können. Insofern könne es ein Weg sein, über das Sondervermögen zu gehen.

Christian Gräff (CDU) merkt an, die Grünen seien auch dafür. Die Debatten der letzten Wochen zeigten allgemeinen Konsens, sodass eigentlich keine Fraktion dagegen klage dürfte.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu den lfd. Nrn. 173 bis 175 gemeinsam schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 86.

MGG03 - Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu den lfd. Nrn. 176 und 177 gemeinsam schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 87.

Titel 88307 – Infrastrukturmaßnahmen der Hauptverwaltung im Rahmen der GRW –

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu der lfd. Nr. 178 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 88.

Titel 52136 – Anteil an der Straßenreinigung –

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu der lfd. Nr. 179 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 89.

Titel 68212 – Ersatz von Fahrgeldausfällen an die BVG –

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu der lfd. Nr. 180 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 90.

Kapitel 1350 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Energie, Digitalisierung und Innovation –
übergreifend
Energiewendegesetz - Fernwärmeregulierung

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu der lfd. Nr. 181 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 91.

übergreifend
Wärmeplanung

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu der lfd. Nr. 182 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 92.

übergreifend
Solarausbau

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu der lfd. Nr. 183 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 93.

Bereich Energie, Digitalisierung und Innovation

Titel 11961 – Erstattung von Steuerbeträgen –

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu der lfd. Nr. 184 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 94.

Titel 27297 – Zuschüsse der EU aus dem EFRE für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2021-2027) –

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu der lfd. Nr. 185 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 95.

Titel 52610 – Gutachten –

Lfd. Nr. 186, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Was genau wird in der Studie zur Identifikation von Flächen für Energiewende-Infrastruktur untersucht und welchem Ziel dient sie?

Wann wurde die Studie zum Erdgasausstieg erstellt und warum sind dafür keine weiteren Mittel vorgesehen?

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) möchte wissen, ob das Gutachten zum Erdgasausstieg erstellt worden sei. Werde dies gegebenenfalls als nicht mehr nötig erachtet? Zur ersten Frage bitte er um schriftliche Beantwortung.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) berichtet, bei dieser Studie zur Identifikation von Flächen für die Energiewendeinfrastruktur und entsprechende Studien gebe es einen großen Bedarf, weil es Grundlage für mögliche Infrastrukturplanungen sei. Wenn über die Wärmeplanung hinaus Gegebenheiten der Flächen analysiert werden sollten, würde dies benötigt. Im Koalitionsvertrag sei Verständigung erzielt worden, dass alle Wärmequellen in alle vor Ort bestehenden Infrastrukturen, insbesondere die Fernwärmenetze, technologieoffen in-

tegriert betrachtet würden. Sie gehe davon aus, dass es immer wieder entsprechende Studien mit Aktualisierungen und Schwerpunkten geben werde. Die Studie zum Erdgasausstieg sei eine, die aus der MVKU entsprechend gestaltet werden müsste.

Dr. Felix Groba (SenWiEnBe) ergänzt, mit der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt bestehe Einvernehmen, dass der Erdgasausstieg Teil der Wärmeplanung sei, weil die Infrastrukturen zur Wärmeversorgung dort zentral untersucht würden und dem Rahmen auch betrachtet werden müsse, wie der Ausstieg aus der Kohle und der CO_2-gebundenen Wärmeversorgung gelingen könne. Insofern liege dies bei den Kollegen der Senatsverwaltung MVKU und werde im Rahmen der Wärmeplanung adressiert.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) fragt nach, ob die Erdgasausstiegsstudie bislang nicht explizit erstellt worden sei.

Dr. Felix Groba (SenWiEnBe) antwortet, dass dies nicht aus der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe veranlasst worden sei, weil sie sich insbesondere nur im Kontext der Wärmeplanung sinnvoll geben würde. Eine parallele Studie, die nicht mit der Wärmeplanung gekoppelt sei, sei nicht zielführend.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu der ersten Frage schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 96.

Lfd. Nr. 187, Fraktion Die Linke

Bitte um zusammenfassenden Bericht der Untersuchung potenzieller Standorte für Windenergieanlagen sowie Übersendung der Untersuchung.

Sebastian Scheel (LINKE) verweist auf die eingangs getätigten Ausführungen der Senatorin, bis Ende des Jahres eine Potenzialanalyse für alle Flächen vorzulegen. Für die Frage der Großwindanlagen habe nach dem BEK-Umsetzungsbeschluss bis August dieses Jahres eine Standortanalyse vorliegen sollen. Die Frage beziehe sich auf die Großwindanlagen: Gebe es diese Studie? Könne diese zugeleitet werden?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) teilt mit, es gebe die Verpflichtung nach dem Windenergieflächenbedarfsgesetz, 0,5 Prozent der Landesfläche als Windvorranggebiet auszuweisen. Deswegen gebe es das Bestreben, die Windenergiepotenziale für das gesamte Stadtgebiet zu identifizieren, sowohl für Großwind- als auch für Kleinwindanlagen. Im Dezember 2022 sei diese Potenzialstudie beauftragt worden. Bosch & Partner GmbH sowie das Fraunhofer Institut erstellten diese Studie in enger Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, mit ihrer Behörde und der Senatsverwaltung MVKU. Die Ergebnisse würden Ende des Jahres vorliegen, würden schnellstmöglich veröffentlicht und könnten als Grundlage für weitere Schritte zur Nutzung von Windenergie verwendet werden. Die Studie werde dem Ausschuss dann zur Verfügung gestellt.

Sebastian Scheel (LINKE) äußert, die von ihm angesprochene Studie habe bis August habe vorliegen sollen. Die große Studie sei ihm bekannt; es sei sinnvoll, die Gesamtpotenziale zu ermitteln. Gehe alles in eine Studie ein?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) wiederholt, die Äußerung bezögen sich auf das BEK von Ende letzten Jahres. In der Zwischenzeit habe es eine Wiederholungswahl und eine kleine Veränderung der Rahmenbedingungen gegeben. Ihr habe im August keine Studie vorgelegen.

Thomas Krause (SenWiEnBe) erläutert, es gehe um die Potenzialanalyse für die Großwindanlagen, die gerade erstellt werde. Es gebe keine Potenzialstudie für Kleinwindanlagen. Die Potenzialflächen seien erhoben worden. In einem ersten Prozess gebe es Abstimmungen mit den zuständigen Senatsverwaltungen, die eine Fachlichkeit zu den Flächen hätten. Insbesondere SenStadt und SenMVKU stimmten die Steckbriefe ab. In einem zweiten Schritt müsse es Abstimmungen mit den Bezirken geben. Dieser Prozess werde bis Dezember dauern.

Jörg Stroedter (SPD) stellt für den Ausschuss Beantwortung fest.

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit –

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu den lfd. Nrn. 188 bis 190 gemeinsam schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 97.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Lfd. Nr. 191, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Warum wurden für 2022 nur rund ein Drittel der angesetzten Mittel verausgabt? Was unternimmt die Senatsverwaltung, um zukünftig die Mittel besser auszuschöpfen?

Zu Nr. 1: Wie ist der Aufwuchs der Mittel begründet?

Zu Nr. 2: Warum werden 2024 bzw. 2025 deutlich weniger Mittel eingeplant? Wie hängt dieser Posten mit der gesamt-städtischen Wärmeplanung zusammen, die der Senat derzeit aufstellt?

Zu Nr. 4: Bitte um Erläuterung, welche Beratungsleistungen 2023 erfolgt sind? Zu welchen energiewirtschaftlichen Beteiligungen plant sich der Senat in den Jahren 2024 und 2025 beraten zu lassen?

Zu Nr. 7: Wie haben sich die Aufwendungen für die Markt-überwachung nach der Ökodesign-Richtlinie seit den Haushaltsjahren 23/24 verändert?

Zu Nr. 8: Welches genau sind die Kosten für die zwischengeschaltete Stelle (ZGS) des EFRE? – Bitte um Darstellung.

Zu Nr. 10: Wie wurden die Mittel für die Clearingstelle „Energetische Modernisierung“ verwendet und warum sind zukünftig keine Mittel mehr vorgesehen?

Zu Nr. 11: Woraus ergibt sich die Kürzung des Teilansatzes zum Masterplan Industrie? An welcher Einzelmaßnahme wird gekürzt?

Zu Nr. 12: Wie sieht das Konzept für die Geschäftsbesorgung für das Förderprogramm „Wirtschaftsnahe Elektromobilität“ WELMO aus?

Zu Nr. 15: Wie sahen die Maßnahmen zur Umsetzung der Open Data Verordnung bei SenWiEnBe im Haushaltsjahr 23 aus? Wie sehen die Maßnahmen zur Umsetzung der Open Data Verordnung bei SenWiEnBe im Haushaltsjahre 24/25 aus?

Zu Nr. 21: Wie begründet sich der Aufwuchs zur Geschäftsbesorgung für das Förderprogramm Digitalprämie Berlin in den Haushaltsjahren 24/25? Wie waren bislang die Abrufzahlen des der Digitalprämie? Wie viele Unternehmen, aus welchen Branchen haben ihn erhalten? Hat seit ihrer Einführung eine inhaltlich-konzeptionelle Neugestaltung der Digitalprämie stattgefunden? Welche Anpassungen hat es gegeben? Wie ist die Zugänglichkeit der Information zur Digitalprämie in allen Branchen der Berliner Wirtschaft sichergestellt?

Zu Nr. 22: Auf welcher Grundlage sind begleitende Dienstleistungen/Geschäftsbesorgung Kofinanzierungsmittel für Bundesförderprogramme und Programme der Europäischen Kommission zur Unterstützung innovativer Informations- und Kommunikationstechnologien (5G, 6G, KI, Blockchain, etc.) in den Haushaltsjahren 24/25 weggefallen? Wie werden Dienstleistungen/Geschäftsbesorgung Kofinanzierungsmittel für Bundesförderprogramme und Programme der Europäischen Kommission zur Unterstützung innovativer Informations- und Kommunikationstechnologien (5G, 6G, KI, Blockchain, etc.) jetzt begleitet?

Zu Nr. 26: Wie lautet der aktuelle Sachstand des Projekt Additive Manufacturing Berlin-Brandenburg? Wie weit ist die Entwicklung fortgeschritten? Wie sehen die konzeptionellen Einzelmaßnahmen zur Entwicklung aus?

Zu Nr. 28: Welche konkreten Aktivitäten sind 2024 bzw. 2025 geplant?

Zu Nr. 29: Welche konkreten Aktivitäten sind 2024 bzw. 2025 geplant?

Zu Nr. 30: Wie ist der Aufwuchs der Mittel 2024 begründet? Warum werden 2025 deutlich weniger Mittel benötigt?

Zu Nr. 34: Wie soll das „Nachfolgeprogramm“ konzipiert sein, wie viele Mittel sollen dafür zur Verfügung gestellt werden und wie erfolgt die Umsetzung (Art und Höhe der Förderung, Antragsverfahren und Förderkriterien, Programmträgerschaft und sonstige Operationalisierung, etc.)? Inwiefern handelt es sich bei dem geplanten Nachfolgeprogramm um eine zusätzliche Maßnahme?

Zu Nr. 35: Warum sind zukünftig keine Mittel mehr vorgesehen? Liegt die Studie in Bezug auf Wirtschaftlichkeitsberechnung zur Internalisierung von Klimakosten vor? Wann wird die Studie der Öffentlichkeit zugänglich gemacht?

Zu Nr. 36: Was ist konkret vorgesehen? Wie lässt sich der Bedarf begründen?

Tuba Bozkurt (GRÜNE) kündigt Präzisierung und Nachreichung von Fragestellungen an.

Lfd. Nr. 192, Fraktion Die Linke

Bitte bei allen Teilansätzen um Angabe der IST-Ausgaben in 2022.

Zu 3., 4., 5., 25., 27.: In welcher Höhe wurden die im Haushaltsplan 2022/2023 vorgesehenen Mittel für Beratungsleistungen in Anspruch genommen? Welche Beratungsleistungen wurden hierfür jeweils für welche Kosten und mit welchen Ergebnissen erbracht und welche sollen in 2024/2025 erbracht werden?

Zu 8.: Bitte um Erläuterung.

Zu 28.: Wie ist der Stand der Erhebung von Wärme- und Kältepotenzialen? Mit welchen Ergebnissen? Wie ist der weitere Zeitplan?

Zu 29. (Identifikation Flächen Energieinfrastrukturen): Bitte um Erläuterung. Was sind die Ergebnisse aus dem Ansatz 2022/2023? Welche konkreten Aktivitäten sind 2024 bzw. 2025 geplant? Wie verhält sich der Ansatz zu dem ähnlichen Ansatz in Titel 52610 (Gutachten)?

Zu 30: Warum erhöhen sich die Kosten für die Geschäftsbesorgung des Förderprogramms SolarPlus einmalig in 2024? Was ist geplant?

Zu 34: In welcher Höhe sollen Kosten eines Nachfolgeprogramms aus dem Sondervermögen Klimaschutz, Resilienz und Transformation finanziert werden?

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu den lfd. Nrn. 191 und 192 gemeinsam schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 98.

Titel 54059 – Leistungen zur Errichtung und den Betrieb von Infrastruktur für die Elektromobilität –

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu den lfd. Nrn. 193 und 194 gemeinsam schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 99.

Titel 63201 – Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder –

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu der lfd. Nr. 195 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 100.

Titel 68123 – Ehrungen, Preise –

Lfd. Nr. 196, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche konzeptionelle Grundlage ist für den Deep Tech Award 2024/25 zugrunde gelegt? Wann soll der Preis vergeben werden?

Wie wird Preis sichergestellt, dass es keine Redundanzen zwischen diversen Preisen gibt?

Wie viele gleichzeitige Teilnahmen an den diversen durch SenWEB ausgelobten oder unterstützen Preise könnte ein- und dasselbe Unternehmen erreichen – und potenziell gewinnen?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) verweist auf ihre Ausführungen zum Deep Tech Award. Dieser Preis solle auf eine neue Technologiesparte aufmerksam machen, die ein Zentrum in Deutschland habe, im Sinne von Nutzung von Digitalisierung und Technologien im Internet bei künstlicher Intelligenz bei Fragen von Verknüpfung von digitalen Lösungen mit Anwendungsbezug. Dieses Jahr seien viele verschiedene Produkte geehrt worden. Das Thema IT-Security spiele eine Rolle wie auch die Themen Web3, Blockchain, NFT und Metaverse. Die Unternehmenslandschaft in der Stadt sei inzwischen so groß, dass sie ziemlich einzigartig in Deutschland sei. Es gehe darum, diese ganze Deep Tech Szene würdigen zu wollen. Berlin solle als Deep Tech Hauptstadt profiliert werden. Es solle nicht nur einmalig diese Award-Verleihung geben sondern vielmehr über das ganze Jahr Deep Tech Veranstaltungen durchgeführt und eine ganzjährige Kommunikationsstrategie gehalten werden.

Für das kommende Jahr gebe es noch kein konkretes Datum, vermutlich im Juni oder Juli. Auch 2025 sei ein Termin im Sommer geplant. Der Innovationspreis Berlin-Brandenburg werde im Rahmen dieses Kapitels vergeben sowie den Deep Tech Award. Bei beiden Preisen gehe es darum, innovative Entwicklungen zu ermöglichen, aber insbesondere beim Innovationspreis noch einmal ein breiteres Spektrum zu umfassen, breitere Anwendungsfelder. Es gebe fünf Cluster im Rahmen der Innovationsstrategie, Gesundheitswirtschaft, energietechnische, IKT, Medien- und Kreativwirtschaft, Optik und Photonik, Verkehr, Mobilität und Logistik. Der Deep Tech Award sei auf anwendungsorientierte und erprobte Lösungen für Produkte mit einem hohen Innovationsgrad. Beide Preise hätten ihre Berechtigung.

Tuba Bozkurt (GRÜNE) stellt die Frage, wie sichergestellt werden, dass sich ein Unternehmen bei allen Wettbewerben bewerbe und Awards gewinne. Mit dem Deep Tech Award werde der gesamte Bereich IT-Sicherheit abgedeckt, der sehr relevant werde, je mehr im Bereich KI entwickelt werde. Gleichzeitig habe die Digitalprämie aber keinen so großen Aufwuchs erhalten, wie es notwendig wäre, um genau diesem Anspruch gerecht zu werden. Mit der Digitalprämie würden gerade IT-Securitymaßnahmen in Unternehmen gefördert.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erwidert, die Digitalprämie sei kein Preis für eine innovative Unternehmensidee, sondern eine Art Förderung, die Unternehmen für Schritte zur Digitalisierung erhielten, ein Zuschuss für die Unternehmenstätigkeit. Das andere sei eine Prämierung für herausragende innovative Lösungen. Sie halte es für wichtig, eine Abstimmung zwischen den verschiedenen Akteuren zu haben, wenn diese Preise verliehen würden. Zu verhindern, dass ein Unternehmen mehrere Preise erhalte, seien Absprachen erforderlich.

Sebastian Askar (SenWiEnBe) ergänzt, im Einzelfall sei es nicht ausgeschlossen. Es habe auch einen Fall gegeben, in dem ein Deep-Tech-Award-Gewinner den Innovationspreis gewonnen habe. Dies mache stolz, weil die Preise teilweise auch unterschiedlich gewichtet würden. Der Deep Tech Award sei ein reiner Berliner Preis; der Innovationspreis eines Berliner und Brandenburger Angelegenheit; es kämen viel weniger Gewinner infrage. Hinter den Preisen lägen unterschiedliche Systematiken und Kampagnen. Mit dem Deep Tech Award gibt es eine ganzjährige Öffentlichkeitsarbeit und Informationskampagne. Der Innovationspreis sei seit über 25 Jahren am Markt und werde anders gewichtet. Insofern würden Unternehmen nicht großflächig Preise erhalten. Es gebe kein systemisches Problem.

Vorsitzender Jörg Stroedter stellt für den Ausschuss Beantwortung fest.

Titel 68307 – Wirtschaftsförderung –

Lfd. Nr. 197, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

1. Förderprogramm „Wirtschaftsnahe Elektromobilität“: Wie viele Inklusionstaxis sind geplant? (Warum werden diese nicht bei emo mit aufgeführt?)

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) führt aus, dass es 80 Inklusionstaxis in der Stadt gebe. Der von den Behindertenverbänden und den entsprechenden Beiräten mitgeteilte Bedarf liege bei 250. Insofern gebe es das Ziel, Inklusionstaxis auch durch das Programm wirtschaftsnahe Elektromobilität zu fördern. Für sie sei Verlängerung von WELMO ein wichtiges Tool, um auch weitere Inklusionstaxis, elektrisch betriebene Inklusionstaxis, zu fördern. Die Beantragung laufe über die Taxifahrerinnung. Die Inklusionstaxis hätten auch Fahrrecht am Flughafen. Wirtschaftsnahe Elektromobilität sei ein Programm, das eingesetzt werden solle, um weitere Inklusionstaxis zu fördern.

Vorsitzender Jörg Stroedter stellt für den Ausschuss Beantwortung fest.

Lfd. Nr. 198, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Zu Nr. 1: Bitte um Begründung der reduzierten Ansätze in 2024 und 2025. Sind Änderungen am Förderprogramm geplant? Wenn ja, welche?

Wie steht der Senat zur Möglichkeit das Programm für E-Lastenräder zu öffnen?

Wurden bereits Förderungen für Inklusionstaxis vergeben? Wie viele Taxis wurden mit welcher Summe gefördert?

Wie soll das „Nachfolgeprogramm“ konzipiert sein, wie viele Mittel sollen dafür zur Verfügung gestellt werden und wie er-folgt die Umsetzung (Art und Höhe der Förderung, Antragsverfahren und Förderkriterien, Programmträgerschaft und sonstige Operationalisierung, etc.)? Inwiefern handelt es sich bei dem geplanten Nachfolgeprogramm um eine zusätzliche Maßnahme?

Zu Nr. 2: Bitte um Erläuterung, warum Mittel in 2024 und 2025 in geringerem Ausmaß vorgesehen sind.

Zu Nr. 6: Bitte darlegen, was geplant ist (inklusive Zeitplan) und wer die Zielgruppe ist.

Zu Nr. 7: Wie kann das Programm bei einem Scheitern des Sondervermögens weiter finanziert werden? Wie soll das „Nachfolgeprogramm“ konzipiert sein, wie viele Mittel sollen dafür zur Verfügung gestellt werden und wie erfolgt die Um-setzung (Art und Höhe der Förderung, Antragsverfahren und Förderkriterien, Programmträgerschaft und sonstige Operationalisierung, etc.)? Inwiefern handelt es sich bei dem geplanten Nachfolgeprogramm um eine zusätzliche Maßnahme?

Lfd. Nr. 199, Fraktion Die Linke

Bitte um Angabe der IST-Ausgaben 2022 für die einzelnen Teilansätze.

Zu 1. (WELMO): Bitte um Bericht zu getätigten Förderungen und Evaluation von WELMO. In welcher Höhe sollen Kosten eines Nachfolgeprogramms aus dem Sondervermögen Klimaschutz, Resilienz und Transformation finanziert werden? Welcher Anteil war in dem bisherigen Ansatz für Inklusionstaxis vorgesehen?

Zu 12. (Ladeinfrastruktur): Bitte um Erläuterung. Wie soll wer gefördert werden? In welcher Höhe sollen Kosten eines Nachfolgeprogramms aus dem Sondervermögen Klimaschutz, Resilienz und Transformation finanziert werden?

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu den lfd. Nrn. 198 und 199 gemeinsam schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 101.

Titel 68317 – Zuschüsse an Unternehmen für besondere Aufgaben –

Lfd. Nr. 200, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Zu Nr. 6. ILA: Welche besondere Aufgabe steht hinter dem temporären Aufwuchs für die ILA?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erklärt, die ILA finde alle zwei Jahre am BER statt. Die Messe sei traditionsgemäß Veranstalter der ILA. Die Durchführung gehe jeweils mit einem Defizit einher. Beide Bundesländer, Berlin und Brandenburg, hätten wegen der großen Hebelkraft ein Interesse an der Durchführung. Bei einem Euro Einsatz liegt die Stadtrendite beim Sechs- bis Siebenfachen. Insofern sei Verständigung mit Brandenburg erzielt worden, das Defizit, die Zuschussnotwendigkeit von maximal 6,5 Millionen Euro im Jahr hälftig zu teilen. Die Messe erhalte eine Zuwendung. Zuwendungsgeber sei das brandenburgische Ministerium. Ihre Verwaltung übertrage dem brandenburgischen Ministerium die Mittel. Da der hauptsächliche Mittelbedarf im Durchführungsjahr entstehe, sei der Ansatz im Jahr 2024 um zwei Millionen Euro höher angesetzt worden als 2025, weil dort zwar keine ILA, aber dennoch Vorbereitungsarbeiten stattfänden.

Vorsitzender Jörg Stroedter stellt für den Ausschuss Beantwortung fest.

Lfd. Nr. 201, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Zu Nr. 4: Welche Nutzung von Wasserstoff wird von der IWO vertreten?

Zu Nr. 6: Wie ist der Aufwuchs in 2024 begründet?

Lfd. Nr. 202, Fraktion Die Linke

Zu Nr. 4: Bitte um Bericht zur Interessenvertretung Wasserstoff für Ostdeutschland (IWO). Welche konkreten Ziele? Welche Aktivitäten?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) merkt an, zum Thema Wasserstoff gebe es noch umfangreiche Fragen auch von anderen Fraktionen und rege an, zu all diesen Fragen gesammelt schriftlich zu berichten.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu den lfd. Nrn. 201 und 202 sowie 207 bis 209 gemeinsam schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 102.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

Lfd. Nr. 203, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Zu Nr. 1: Für was konkret werden die vorgesehenen Mittel verwendet? Wie ist der Auswuchs der Mittel begründet? Was konkret soll daraus finanziert werden?

Zu Nr. 3: Welche konkreten Aktivitäten sind 2024 bzw. 2025 geplant? Was wurde bisher aus dem Titel finanziert?

Lfd. Nr. 204, Fraktion Die Linke

Bitte um Bericht zu der Umsetzung der Maßnahmen in 2022/2023 sowie Erläuterung der geplanten Maßnahmen in 2024 und 2025.

Außerdem zu 5.: Welche konkreten Maßnahmen plant der Senat zur Stärkung des Solarhandwerks?

Lfd. Nr. 205, AfD-Fraktion

Bitte die annähernde Verdreifachung des Ansatzes bei den Maßnahmen zur Umsetzung des Masterplans Industriestadt näher erläutern.

Wie ergeben sich die höheren Mittel für das Solarzentrum ab 2024?

Frank-Christian Hansel (AfD) macht zur Frage der Fraktion Die Linke aufmerksam, dass es „Außerdem zu 3.:“ lauten müsse.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu den lfd. Nrn. 203 bis 205 gemeinsam schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 103.

Titel 69806 – Innovationsförderung –

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zur lfd. Nr. 206 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 104.

Zu den lfd. Nrn. 207 bis 209 werde in dem gemeinsamen Bericht zu den lfd. Nrn. 201 und 202 schriftlich berichtet, siehe Berichtsauftrag Nr. 102.

Titel 89330 – Zuschüsse für Investitionen zur Unterstützung des Solarausbaus –

Lfd. Nr. 210, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie genau sollen die Zuschüsse ausgestaltet werden? Wie ist die Finanzierung aus der Energiekostenrücklage gegründet? Welcher sachliche Zusammenhang kann hier hergestellt werden? Wie kann ein Nachfolgeprogramm bei einem Scheitern des Sondervermögens finanziert werden? Wie soll das „Nachfolgeprogramm“ konzipiert sein, wie viele Mittel sollen dafür zur Verfügung gestellt werden und wie erfolgt die Umsetzung (Art und Höhe der Förderung, Antragsverfahren und Förderkriterien, Programmträgerschaft und sonstige Operationalisierung, etc.)? Inwiefern handelt es sich bei dem geplanten Nachfolge-programm um eine zusätzliche Maßnahme?

Lfd. Nr. 211, Fraktion Die Linke

Was ist konkret geplant? Wer soll wofür konkret in welcher Höhe bezuschusst werden?

In welcher Höhe sollen Zuschüsse eines Nachfolgeprogramms aus dem Sondervermögen Klimaschutz, Resilienz und Trans-formation finanziert werden

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) verweist auf die vorangegangene Diskussion und bittet um einen schriftlichen Bericht.

Jörg Stroedter (SPD) hält für den Ausschuss fest, dass schriftlich zu den lfd. Nrn. 210 und 211 berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 105.

Titel 89430 – Investive Zuschüsse für die Installation von Solarenergieanlagen –

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu den lfd. Nrn. 212 und 213 gemeinsam schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 106.

MG 03
68201
68223
68224
68227
68231
68232
68233
83166

in Verbindung mit

Titel 68223 – Zuschüsse zur Deckung von Betriebsverlusten des Verteilnetzbetreibers für Gas –

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu der lfd. Nr. 214 alle Titel zurückgestellt würden. Zudem werde ein detaillierter schriftlicher Bericht zu den lfd. Nrn. 214 und 215 angefordert, Berichtsauftrag Nr. 107.

Titel 68224 – Zuschuss an den Eigenbetrieb Berlin Energie –

Lfd. Nr. 216, AfD-Fraktion

Warum ab 2024 wesentlich höherer Ansatz als 2023, sofern Überleitung des Landesbetriebs Berlin Energie bereits zum 1.1.2023?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erklärt, mit der Überleitung des Eigenbetriebs Berlin Energie seien sämtliche erworbene bestehende und ausgeübte Rechte und Pflichten des Landesbetriebs Berlin Energie zur Rechtsnachfolge übertragen geworden. Die finanziellen Mittel seien zur Finanzierung von Personal, Geschäftsbedarf, rechtlichen und betriebs-

wirtschaftlichen Gutachterleistungen sowie für das Beteiligungsmanagement bestimmt. Für die Ausgestaltung der Arbeit in 2024 sei ein höherer Betrag vorgesehen, weil es jetzt noch vorbereitende Arbeiten gebe, die Arbeit in 2024 aber in vollem Umfang laufe.

Vorsitzender Jörg Stroedter stellt für den Ausschuss Beantwortung fest.

Kapitel 2713 – Aufwendungen der Bezirke – Wirtschaft, Energie und Betriebe –
Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Ohne Aussprache.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält für den Ausschuss fest, dass zu der lfd. Nr. 217 schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 108.

Damit sei die Synopse durchgearbeitet. SenWiEnBe werde gebeten, die angeforderten Berichte bis zum 4. Oktober 2023 vorzulegen. Punkt 1 der Tagesordnung werde auf die Sitzung am 16. Oktober. 2023 vertagt.

Punkt 2 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.